

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. Einzelne Nummern kosten 1 Mk. Gest. und Versammlungsinhalte kosten pro Seite 25 Pf. Geschäftsmitteilungen werden nicht angenommen.

Glück  Auf!

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Bochum. Druck und Verlag von H. Grotmann & Co., Bochum, Westendstraße 38-42. Telefon-Nr.: 563 und 50. Telegrafische Adressen: Wittenberg Bochum.

Ein weißer Kabe.

Auf einem Schacht im Industriebezirk fungiert ein Obersteiger, der die Macht, die ihm sein Posten gibt, human gebraucht. Die Leute nicht anranzt, nicht quält und drückt, Den Lohn nicht gleich bei jedem Anlaß kürzt Und auch im Bergmann noch den Menschen sieht. Die Günstlingswirtschaft, die so manchem Schacht Gepräge gibt, ist dieser Grube fremd; Nur Arbeit bringt hier Geld, Schmarotzen nicht, Und gleiches Maß und Recht wird jedem Mann. — Kein Specklecker und Lakai übt hier Den Zwischenträgerdienst. Wer etwas will Trägt seine Sache vor und wird gehört, Ganz gleich, ob mit dem Meter er hantiert, Ob Pferdetreiben sein Geschäft, ihm wird Recht nach Gebühr, ohn' Ansehen der Person. — Ihr meint, das müßte Regel sein, gewiß, Es müßte sein, doch leider ist es nicht, Und Ausnahmefall nur dieser eine Schacht. — Den Obersteiger aber nenn' ich nicht, Wie gern ich's täte — übel wär' dem Mann Gedient damit — sein Posten würd' vakant, Ich kenn' es, auch sofort — human, gerecht Darf man nicht sein, nur Treiber oder Knecht. —

B. A.

Trübe Aussichten!

Mehr als neun Jahre sind ins Land gegangen seit der denkmaligen Adventsnacht des Jahres 1902, wo der Posttarif im deutschen Reichstag von den Mehrheitsparteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten unter Dach und Fach gebracht wurde. Was damals alle einsichtigen Leute und auch die „Bergarbeiter-Zeitung“ vorausgesehen, ist eingetroffen; die gesamte Lebenshaltung hat sich seither in übermäßiger Weise verteuert. Allerdings sind inzwischen auch die Löhne der Bergarbeiter gestiegen; aber die Steigerung der Löhne hat mit der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung auch nicht annähernd gleichen Schritt gehalten.

Nach trüben Jahren sieht jetzt die Verhältnisse zu gestalten in Folge der anhaltenden Dürre in diesem Sommer. Der Wasserpiegel der Elbe ist infolge dessen so tief gesunken, daß die „Hungersteine“ sichtbar geworden sind. Auf einem derselben sind die Worte eingemeißelt: „Wenn Du mich siehst — weine!“ Der Volksmund sagt, wenn diese Steine sichtbar werden, gibt es ein Hungerjahr; er scheint leider Recht zu behalten.

Nach amtlichen Notierungen kosteten Mitte August in den Berliner Zentralmarkthallen:

	1910:	1911:	Steigerungen
	Mk.	Mk.	g. d. Vorjahr
100 Pfund Weizen	2,50—3,00	8,00—15,00	5,50—12,00
100 „ Roggen	2,00—2,50	14,00—20,00	8,00—8,00
100 „ Gerste	3,00—4,00	6,00—8,50	2,50—3,00
100 „ Hafer	2,00—2,50	5,00—6,75	3,00—3,25
100 „ neue, weisse, weisse	1,40—1,80	4,50—5,50	3,10—3,50
100 „ alte, weisse, weisse	1,00—1,50	4,50—5,50	3,50—4,00
100 „ Spätkorn	10,00—15,00	17,00—25,00	7,00—10,00
100 „ Weizen	2,00—2,50	12,00—20,00	10,00—22,00
100 „ Roggen	4,00—12,00	15,00—32,00	11,00—20,00
100 „ Hafer	4,50—5,50	8,00—9,00	3,50—4,00
100 „ Weizen	0,30—0,50	0,80—1,50	0,50—1,00
100 „ Roggen	3,00—7,00	8,00—12,00	5,00—5,00
100 „ Weizen	3,00—5,00	5,00—12,00	3,00—7,00
100 „ Weizen	3,00—7,00	8,00—12,00	5,00—5,00
100 „ Weizen	1,00—2,25	4,50—5,00	2,75—3,00
100 „ Weizen	4,00—14,00	14,00—20,00	6,00—10,00
100 „ Weizen	12,00—20,00	20,00—28,00	6,00—8,00
100 „ Weizen	8,00—12,00	12,00—18,00	1,00—4,00

Von den Obstsorten und Süßfrüchten, deren Qualität außerordentlich verfallen ist, weshalb Vergleichs nur schwer möglich sind, seien nur einige angeführt: Blaubeeren kosteten im Vorjahre pro 50 Kilo 15—20 Mk., in diesem Jahre 28—32 Mk.; deutsche Äpfel pro 50 Kilo im Vorjahre 4—8 Mk., in diesem Jahre 8—28 Mk.; Meissener Äpfel kosteten im Vorjahre pro 300 Stück 6—14 Mk., in diesem Jahre 20—24 Mk.

Die Preise für Großhandelspreise, im Detailverkauf sind sie selbstverständlich noch bedeutend höher. Diese Preissteigerung trifft aber besonders den Bergarbeiter, der mit seiner Familie in der Hauptstadt auf Kartoffeln, Gemüse, Süßfrüchten usw. angewiesen ist. Fleisch kommt vielfach die ganze Woche nicht auf den Tisch.

Die Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrates berichtet jetzt, daß die Kartoffelernte voraussichtlich nicht so gering ausfällt, wie man es nach der Höhe der Kartoffelpreise annehmen sollte. Die Kartoffelpreise sind an allen Markorten abnorm hoch. Einem Artikel der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“ vom 30. August entnehmen wir darüber:

„Die Notierungen der Kartoffelpreise in den Probantamts-Orten ergeben gegenüber August 1910 schon eine ganz beträchtliche Verteuerung. In den Orten Ostpreußens zahlte man für 100 Kilogramm im August 1910: 4 bis höchstens 6 Mk., im Mai d. J. 4 bis 7 und im August 8 bis 8 Mk. Diese Steigerung ist schon jetzt, aber die westpreussischen Orte zeigen schon eine größere Steigerung; im August vorigen Jahres notierte man 2,80 bis 5,80 Mark, im Mai 1911: 3,00 bis 5,50 und im August 6,80 bis 10,00 Mark. In Westfalen ergaben die Notierungen für 100 Kilogramm im August 1910: 6,00 bis 9,00 Mk., Mai 1911: 7,00 bis 10,00 und im August d. J. 7,50 bis 10,00 Mk.“

Dies sind ganz abnorme Preissteigerungen, welche die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ in der Hauptstadt damit zu erklären sucht, daß die Verkäufer die Stimmung ausnützen, welche „für eine Verteuerung so geschäftig vorbereitet worden ist“ und die Kartoffelpreise hinaufschrauben.

Die Preissteigerung der Kartoffelpreise soll also eine künstliche sein; aber wie ist das möglich? Auch daran ist unsere verfehlte Sozialpolitik schuld. Kartoffeln dürfen nur in der Zeit vom 1. August bis 1. Februar frei eingeführt werden, also in der Zeit, wo gewöhnlich die einheimischen Vorräte den Bedarf decken.

dagegen muß in der übrigen Zeit ein Zoll von 10 Mk. pro Tonne gezahlt werden. Damit wird der künstlichen Preissteigerung Vorschub geleistet und den Interessenten ermöglicht, „die Stimmung für eine Verteuerung geschäftig“ vorzubereiten.

Die Arbeiter aber sind in allen Fällen die Opfer. Obendrein sind auch die Aussichten, daß in absehbarer Zeit eine Wendung zum Besseren eintritt, recht trübe. Wird doch selbst in einem Artikel, der durch die Zentrumsblätter geht und auch vom ultramontanen „Volksfreund“-Erfen vom 20. August an erster Stelle gebracht wird, u. a. gesagt:

„Die Aussichten, die sich uns für den kommenden Winter bezüglich der Lebensmittelpreise eröffnen, sind alles andere als erfreulich. Wir gehen infolge der anhaltenden Dürre einer Verteuerung entgegen, wie wir sie vielleicht noch nicht gehabt haben, daran kann kein Zweifel sein. Und wenn auch noch ein Witterungsumschlag eintritt, so wird er doch nicht viel mehr gut machen können. Die Futtermittelkrisis ist eine Mißerte im vollen Sinne des Wortes. Ein starkes Ansteigen der Fleischpreise wird wohl die Folge sein.“

Der geistige Leiter des „Volksfreund“ ist der Zentrums-gewerkschaftsführer Christian Klotz, den die ultramontane „Tremontia“-Dortmund seinerzeit den gefürchtetsten Mann von Erfen nannte. Zugabegeben wird in dem Artikel, daß wir infolge der anhaltenden Dürre einer Verteuerung entgegengehen, wie wir sie vielleicht noch nicht gehabt haben und die schlechte Futtermittelkrisis wohl auch ein starkes Ansteigen der Fleischpreise zur Folge haben wird. Aber die Grenze für ausländisches Vieh und die notwendigen Futtermittel sollen nicht geöffnet werden. Dazu schreibt der „Volksfreund“ u. a.:

„Für die Reichskasse würde eine Aufhebung der Futtermittelzölle einen Ausfall von circa 100 Millionen bedeuten.“

Weil die Reichskasse einen Ausfall von 100 Millionen dadurch hätte, dürfen die Futtermittelzölle nicht aufgehoben werden. Die armen Arbeiter samt ihren Familien dürften sich den Schnachtritten noch enger schnallen, damit ja der Reichskasse ein Ausfall erspart bleibt. Das schreibt ein Blatt, in dessen Redaktion ein Führer der Zentrums-gewerkschaften die erste Geige spielt.

Weiter werden dann die so oft gehörten Redensarten wiederholt, daß eine Deckung der Grenzen keinen praktischen Erfolg haben, sondern nur eine Gefahr für unsere mit „großen Opfern“ hochgebrachte Viehproduktion“ sein würde. Als wirksamste Mittel gegen die Fleischverteuerung wird die Selbsthilfe durch Gründung von Einkaufsgenossenschaften empfohlen, die direkt mit den Produzenten, also den Landwirten, in Verbindung zu treten und den Zwischenhandel auszuscheiden hätten. Auf den selben Ton ist auch ein Artikel der „Scharfmacherischen“ Arbeiter-Zeitung gestimmt. Auch sie behauptet, das Fleisch würde durch den organisierten Zwischenhandel in unvernünftiger Weise verteuert. Diese Ausführungen in den genannten Organen müßten sehr selten an, sind sie es doch, die bei allen Gelegenheiten den Mittelstand, wozu auch der Zwischenhandel gehört, „retten“ und „heben“ wollen.

Ungefähr auf den gleichen Ton ist auch ein Artikel der ultramontanen „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ gestimmt, den auch der „Bergknappe“ vom 2. September abdruckt und der wie folgt ausklingt:

„Die sozialdemokratische Presse wird selbstverständlich auch weiter durch ihre Gehe über Hunger und Noth die Öffentlichkeit zu dem Glauben bringen, daß jede Preissteigerung gerechtfertigt ist und dadurch die Geschäfte des Handels beflügeln, ebenso wie sie auch schon früher der Ausbeutung des Volkes die Wege ebnete.“

Wir bedauern die Leser der genannten Organe, daß ihnen ungeachtet ein solcher Rohl vorgelegt werden darf. Sollen wir den Herren Zentrums-handlungsleiter, die diese Verteuerungen verbrochen haben, ins Gedächtnis rufen, daß es hervorragende Zentrums-gewerkschaftsführer wie Giesberts, Brust et tutti quanti waren, die für den 1902 unter Dach und Fach gebrachten Zolltarif und damit für eine ungeheure Ausplünderung des arbeitenden Volkes eintraten? Sind nicht selbst noch im Jahre 1909 die sieben Zentrums-gewerkschaftsführer im Reichstage für die sogenannte Finanzreform und damit für eine neue schamlose Ausplünderung des arbeitenden Volkes zugunsten der Junker und Zunker-genossen eingetreten?

Die Spekulation und die Preistreiberie durch den organisierten Zwischenhandel, denen man so gerne alle Schuld aufbürden möchte, werden doch ebenfalls begünstigt und gefördert durch die völlig verkehrte Sozialpolitik, die von den Zentrums-gewerkschaftsführern mit Feuereifer unterstützt wurde. Hat doch Johann Giesberts, der herrliche Sohn von Sträßen, in einer Versammlung des rheinischen Bauernvereins erklärt, die christlichen Arbeiter zählten gerne die höheren Löhne. Diese höheren Löhne aber sind ungerechtfertigt; nicht den kleinen Bauern wird damit geholfen, sondern nur den Großgrundbesitzern, die es nicht nötig haben. Gesunde Verhältnisse werden erst eintreten, wenn die Wurzel allen Übels, die ungerechtfertigten Zollmauern, beseitigt sind.

Die Junker und Großgrundbesitzer, für die nach Giesberts die christlichen Arbeiter gern die höheren Löhne zahlen, geben sich wie folgt. Der landwirtschaftliche Verein in Waltersdorf hielt im Jahre 1908 ein Fest ab, wo zur Erhöhung des Bergnigens folgendes Lied gesungen wurde:

Wir können uns den schönen Tag Schon leisten ohne Not. Denn um der Landwirtschaft zu nützen, Tat man sie „oben“ mehrfach schützen, Damit recht teuer das Brot.

Wir werden deshalb heute nur An Fleisch uns offen laßt. Wir wollen sicher nicht vergessen, Daß Brot nur von denen wird gegessen, Der kein Vieh im Stalle hat.

Es soll die obere Landwirtschaft Sich blühen und gedeihen. Es muß ein jeder danach streben, Den Preis der Produkte zu heben, Dann bringt sie etwas noch ein.

Wenn hundert Mark der Scheffel Korn, Die Butter eine Kron'n, Wenn Weiß man zahlt für Milch und Eier, Daß Schachthaus dreißigmal so „steier“, Dann sind wir recht richtig belohnt.“

Diese blutige Verteuerung der Arbeiter mag jetzt aufgefressen werden; jetzt, wo eine kolossale Verteuerung der Lebensmittel die Lebenshaltung der Arbeiter auf einen Stand herniederdrückt, der kaum mehr auszuhalten ist. Den Junkern und Großbauern wurden durch die Zollgesetzgebung im Jahre 1902 jährlich viele Hundert Millionen Mark in den Schoß geworfen. Als Lohn trifft die Arbeiter Lohn und Spott!

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen ist das lähmende Entsetzen der Zentrums-gewerkschaftsführer vor ihren Taten erklärlich. Wir stehen vor den Reichstagswahlen und da fürchtet man die Abrechnung. Damit erklärt sich auch die Angst, die in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ und dem „Bergknappen“ auf die weiter eingezogen sich wirklich nicht lohnt. Mit solchen Tiraden und Redereien kann man selbst den dümmsten Arbeiter auf die Dauer nicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen. Die Arbeiter und ihre Familien werden davon nicht satt.

Wir haben schon einleitend gesagt, daß die Löhne der Bergarbeiter mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht annähernd gleichen Schritt gehalten haben. Und doch ist unsere völlig verfehlte Sozialpolitik, wodurch diese Verteuerung in der Hauptstadt herbeigeführt wurde, auch mit auf das Schicksal der großindustriellen Scharfmacher zu setzen. Im Industriezweig und billiger Eisenbahngütertarife zu erhalten, bewilligten sie die Lebensmittelzölle. Ihre einfachste Pflichten wäre es darum auch, die Löhne mit der allgemeinen Verteuerung in Einklang zu bringen. Aber das fällt den Herren auch im Traume nicht ein, im Gegenteil zahlen sie nicht mehr, wie sie unbedingt müssen.

In den letzten 3 1/2 Jahren, vom ersten Vierteljahr 1908 bis einschließlich zweiten Vierteljahr 1911, haben die Bergarbeiter allein im Ruhrgebiet 132 137 440 Mk. Lohnverluste durch direkte Lohnreduzierungen erlitten, ungeredet die Verluste, die ihnen durch die vielen Frierischnitten entstanden sind. Der Durchschnittslohn steht immer noch 33 Pf., der Sauerlohn sogar noch 68 Pf. pro Schicht niedriger, wie im vierten Vierteljahr 1907. Dabei ist der Durchschnittslohn seit unserer letzten Lohnbewegung von 4,61 Mk. auf 4,06 Mk., der Sauerlohn von 5,45 Mk. auf 5,51 Mk. gesunken. Sollen die Zentrums-gewerkschaftsführer damals nicht die Geschäfte der Gruubenherren befragt, sondern sich mit den übrigen Organisationen solidarisch erklärt, wäre für die Bergarbeiter zweifelsohne mehr herausgekommen.

Die Hauptschuld an diesen traurigen Verhältnissen aber tragen in der Hauptsache die Gleichgültigen und Indifferenten, welche es nicht für nötig halten, sich der Organisation anzuschließen. Würden sich die Hunderttausende, die noch abseits stehen, der Organisation anschließen und wären sich die Bergarbeiter einig, könnten wir die Gruubenherren zwingen, die Löhne mit der Verteuerung der Lebenshaltung in Einklang zu bringen, dann würden sich die trüben Aussichten froh und hoffnungsvoll gestalten. Darum, Kameraden, Hand ans Werk! Mittelt die Unorganisierten auf und führt sie dem Verbands zu; nur dann wird es besser.

Der Zentrums-gewerkschaftsverein im Urteil der Zechenherren!

Am 27. Mai d. J. tagte im Dienstgebäude des Bergbau-lischen Vereins in Erfen die vierte ordentliche Hauptversammlung des Zechenverbandes, aus deren Protokoll die Essener „Arbeiter-Zeitung“ jetzt recht interessante Auszüge veröffentlicht, die zeigen, daß die Zechenherren den Zentrums-gewerkschaftsverein für völlig bedeutungslos und einflusslos halten.

Bekanntlich lehnten die Zentrums-gewerkschaftsvereinsstrategen bei der Lohnbewegung ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Verbänden ab, u. a. mit der Begründung, die Kon-junktur sei nicht günstig, reichten dann aber eine Witzschrift ein, worin gebeten wurde, die Löhne doch etwas zu erhöhen und den Arbeitern einige Vertreter zu gestatten, um etwaige (!) Beschwerden gegen den Zechenarbeitsnachweis mit unterzulegen zu können. Nach dem Protokoll bemerkte dazu der Geschäfts-führer des Zechenverbandes, Herr v. Löwenstein, blassig:

„Dieser Schritt ist dem Gewerkschaftsverein fast verhängnisvoll geworden! Denn der Gewerkschaftsverein hätte eigentlich wissen sollen, daß in der Stellungnahme des Zechenverbandes bezüglich der Verhand-lungsfrage mit den politischen (!) Arbeiterorganisationen keines (!) Abwiesens bislang noch keine Veränderung eingetreten ist.“

Zu der Bitte, die Löhne doch etwas zu erhöhen, sagte Herr v. Löwenstein voller Zorn:

„Es ist nicht angenehm, daß dem christlichen Gewerkschaftsverein die damaligen Lohnverhältnisse wie die Marktlage unbekannt ge-wesen sind. In der Nummer des „Bergknappen“ vom 1. April rühmt sich wenigstens der Gewerkschaftsverein, die allgemeine wirtschaft-lige Lage richtig beurteilt zu haben. Wenn aber der Gewerkschaftsverein im April 1911 die Situation so richtig übersehen, dann hat er auch sicherlich Ende 1910 die Lage beurteilen können, und es ist eigentlich nicht zu verstehen, weshalb er, anstatt aufklärend zu wirken, erneute unerfüllbare Begehrungs-vorstellungen bei seinen Mitglie-dern erweckt.“

Das ist bitter! Aber es kommt noch besser! Herr v. Löwen-stein fährt fort:

„Dann müßte der christliche Gewerkschaftsverein sich sagen — und das ist schließendlich der größte Vorwurf, den ihm seine Freunde (ei, ei, wer sind denn diese Freunde? Die Red.) machen können — daß in demselben Augenblick, in dem seine Eingabe bekannt wurde, sein alter Gegner, der sozialdemokratische Verband, nun auch seinerseits mit Forderungen an den Zechenverband herantreten würde, die die Wünsche des Gewerkschaftsvereins fast in den Schatten stellen würden. Das ist denn auch mit der bekannten maßlosen Forderung einer 10prozentigen Lohnsteigerung geschehen.“

Das also ist der Dank für all das Liebeswerben der Zen-trums-gewerkschaftsstrategen um die Zechenherren! Man sagt ihnen, ihr seid Eitel, statt aufklärend zu wirken, weckt ihr er-neute unerfüllbare Forderungen bei euren Mitglie-dern und befragt damit die Geschäfte des Verbandes. Das ist es, was wir, eure Freunde, euch zum größten Vorwurf machen. Weiter sagte Herr v. Löwenstein:

„Was der eigentliche Anlaß war, der es dem christlichen Gewerkschaftsverein ratfam erscheinen ließ, sich mit der Bitte um Lohnaufbesserung an unseren Verband zu wenden, ist bislang noch nicht recht aufgeklärt worden, wie auch im übrigen die Haltung des christlichen Gewerkschaftsvereins in letzter Zeit immer unklarer geworden ist.“

Deutscher kann den Zentrumsgelehrten nicht gelogen werden, daß ihre Haltung heuchlerisch, verlogen und irre-führend ist. Dann schildert Herr v. Löwenstein die „radikalen“ Seitenbrünge der Zentrumsgelehrten, um fortzufahren:

„Das ist der Ton, wie ihn die Zentrumsgelehrten in der letzten Zeit des Jahres 1910 dann plötzlich die Stimmung um, die lauten Anlagen gegen den Zentrumsgelehrten nahmen ab und verkommen zeitweilige voll-nähm. Man las sogar, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in dem Zentrumsgelehrten nicht bloß die Ausbeuter und Schatzmacher (siehe, sie erkennen auch dessen große Verdienste um die deutsche Volkswirtschaft an. Für diejenigen, welche den „Bergknappen“ regelmäßig lesen, ist überaus dankbar die Anerkennung!“

„Ich will nicht mit diesem Stimmels auf die Tatsache des ex-folgten Stimmungswechsels begnügen. Ich zu erklären ist man auf Vermutungen angewiesen und da liegt es zunächst nahe, sich des großen Einflusses des Kardinal-Katholik-Krump und an dessen Ge-sinnung einbringende Mahnung, die er gelegentlich des 25jährigen Stichtagsfestes des Bergknappen-Vereins in der Zentrumsgelehrten, sagte er, „wenn wir in der Frage unserer irdischen Interessen mit denen Hand in Hand gehen wollen, die von Gott und Religion, Himmel und Erde nicht wissen wollen und die Religion grund-sätzlich von allem irdischen ausschließen. Ein solches Zusammen-gang trägt in sich die große Gefahr, allmählich und unmerklich jenen Grundgesetzen zugunsten und mehr und mehr die religiöse Über-zeugung zu schwächen.“

Eine andere Vermutung weist auf eine politische Einwirkung seitens des Zentrums hin, das, wie die „Post“ sehr richtig bemerkt, vielleicht doch erkannt hat, daß man in der Umwandlung der Arbeiter-massen zu weit gegangen sei und daß eine immer schärfer werdende Entwicklung in „christlicher“ Richtung auf kulturellem und sozial-politischem Gebiet mit der aristokratischen-konservativen Forderung des christlichen Lebens auf die Dauer nicht vereinbar sei.

„Selbst es nun die Mahnung hoher geistlicher Würdenträger, seien es politische Erwägungen oder andere Gründe, Tatsache ist, daß sich das Hauptorgan des Bergknappen-Vereins christlicher Bergarbeiter in der letzten Zeit stärker als je gegen den alten Verband wendet und daß der frühere geistliche Ton gegen die Werkverwaltungen einer etwas friedlicheren Stimmung gewichen ist.“

Schönungslos reißt hier Herr v. Löwenstein den Zentrums-gelehrten die Heuchlermaske vom Gesicht. Öffentlich bezeugt diese, ihre gewerkschaftliche Ehre würde es nicht, mit dem Verbande zusammenzugehen, sie seien zu tief beleidigt worden, der Verband wolle die Bergarbeiter aus politischen Gründen nur in einen aussichtslosen Streik hegen, die Kon-sultation sei für eine Lohnbewegung zu ungünstig, auch seien die Grubenherren gar nicht in der Lage, eine 15prozentige Lohn-erhöhung zu bewilligen usw. Herr v. Löwenstein aber zeigt uns den Januskopf dieser Zentrumsbrüder, ihre Doppelzüngig-keit, womit sie unserem Verbande die Motive unterstellten, nach denen sie selbst handeln und unseren Verband nur bekämpfen und beschimpfen, um den Grubenherren zu gefallen. Dieser Welt seiner Rede schließt dann Herr v. Löwenstein wie folgt:

„Von ausschlaggebender Bedeutung für die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet ist der christliche Verband m. E. so wie so nicht mehr, als ich auch noch nicht deshalb der vor einigen Monaten drohende Streik vermieden worden, weil der christliche Verband sich dem ge-meinsamen Vorgehen der drei andern Organisationen nicht an-geschlossen hatte. Der alte Verband hatte einfach das Nachsehen bei den Streiks, schon nicht mehr nötig, nachdem durch das Abflauen der radikalen Töne der christlichen Verbände eine recht erhebliche Stärkung seiner Reihen eingetreten und ihm auch eine große Zahl neuer Anhänger zugeführt war. Ja, der christliche Bergknappen-Verein kann dem alten Verband nur dankbar sein, daß er es nicht zum Streik kommen ließ. Er wäre anders in weit empfindlicherer Nähe in seinem Mitgliederstande geschwächt worden.“

Umsonst war es also, daß der „Bergknappe“ „nachwies“, daß die Grubenherren finanziell gar nicht in der Lage wären, eine 15prozentige Lohnenerhöhung zu bewilligen und sich dabei in Nr. 2 (1911), Seite 1, zu folgenden statistischen Kopfschütteln verließ:

„Wie hoch würde die Zonne Kohlen durch eine 15prozentige Lohnenerhöhung stärker belastet? In den ersten neun Monaten des Jahres 1910 betrug die Zonnekohlenförderung pro Kopf und Schicht aller Arbeiter 0,881 bis 0,882 Tonnen. Auf je 1,17 Schichten entfällt eine Zonne Kohlen. 15 Proz. Lohnenerhöhung macht pro Schicht 88,55 Pf. Auf 1,17 Schichten beträgt sie 80,2 Pf., oder rund 80 Pf. Auf jede Zonne Kohlen würde also eine Verschöpfung von 80 Pf. kommen.“

Nach einer Zusammenstellung des Herrn Dr. Jungst („Glück-auf“, 1910, S. 1401 f.) betrug die Ausbeute auf eine Zonne Kohlen im Ruhrbergbau im Jahre 1909: 99 Pf. Kann ein vernünftiger Mensch glauben, die Bergwerkunternehmer würden sich ihre Aus-beute pro Zonne während der letzten Konjunktur um 80 Pf. herab-setzen lassen und mit dem Rest zufrieden sein?“

Der letzte Satz, auf gutes Deutsch übertragen, besagt: Die Bergwerkunternehmer beklagten nur einen Ueberfluß von 19 Pf. pro Zonne Kohlen, wenn sie eine 15prozentige Lohnenerhöhung bewilligten, und das kann kein vernünftiger Mensch von ihnen verlangen.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“ würdigte diese Leistungen in ihrer Nr. 3 wie folgt:

„Die Grubenherren werden sich den Bauch halten vor Lachen, wenn sie diese Leistungen des „Bergknappen“ genießen. Zunächst kommt schon die Angabe über die Leistung pro Arbeiter nicht, weil die Berechnungsmethode eine völlig falsche ist. Man berechnet ein-fach die Zahl der geförderten Tonnen Kohlen auf die Gesamtbeleg-zahl, man ist aber bekannt, daß nur etwa 49 Prozent der Gesamt-belegschaft bei der Kohlenproduktion, etwa 51 Prozent aber mit Nebenarbeiten und über Tage in Koksereien, Bräunfabriken, Ziegeleien usw. beschäftigt sind. Die Leistung pro Kopf der bei der Kohlen-produktion tätigen Arbeiter ist also schon danach mehr als doppelt so hoch, wie sie oben angegeben wird und die Berechnung des „Berg-knappen“ aus diesem Grunde allein falsch.“

Der Wert der Nebenproduktion beträgt viele Hunderte von Millionen und die Gewinne, die den Zentrumsgelehrten dadurch entstehen, sind außerordentlich hohe. Diese Gewinne aber werden bei Be-rechnung des Gewinnes pro Zonne nicht mitgerechnet. Hat doch unser Kamerad Gue vor einigen Jahren einmal festgestellt, daß auf jede Zonne die Selbstkosten pro Zonne Kohlen höher waren, als der Verkaufspreis, und daß trotzdem keine Zubeuge, sondern erhebliche Ueberflüsse gemacht wurden. Wo kamen diese Ueber-flüsse her, lieber „Bergknappe“? Wo auch nach dieser Seite hat die Berechnung des „Bergknappen“ ein Loch!“

„Auf diese Abfertigung in der sonst so redliche „Berg-knappe“ bisher die Antwort: „Wird geblieben und zwar aus gewichtigen Gründen. Aber nicht nur der „Bergknappe“, sondern auch die „Post“ et cetera quasi führten sich in ähnliche „Schlupfwinkel“, um den Grubenherren zu gefallen. Höchstens, wenn in der Ferne die Arbeiter dirken in den Bergwerks-Unternehmen nicht wie „vollgepflegte Strümpfe“ sehen, der Zentrumsgelehrte ist ein für die Arbeiter wohlthätige Wirtschaft-liche Notwendigkeit und was dergleichen Liebesdienereien mehr. Sogar der Zentrumsgelehrtenhans Dampf und Kriegstrom-mel-Organ Effert blies Friedensschalmeien und verstieg sich dabei zu ähnlichen Zitateationen wie die übrigen.“

„Aber nunmehr! Alle die Zitateationen werden nicht ernst genommen, weil die Zentrumsgelehrten im Zentrumsgelehrten (wie wirtschaftliche Macht, sondern Ohnmacht erblicken, die ihnen nichts anhaben kann.“

„Offenkundig ziehen die christlichen Bergarbeiter aus diesen Vorlesungen und aus den Ausführungen v. Löwensteins die Lehre, daß es keine falsche Methode zur Vertretung der Ar-beiterinteressen gibt, als die Anbiederung an das Unternehmertum. Für Macht und Kampfesentschlossenheit kann den Gruben-herren imponieren, weil sie aber im Zentrumsgelehrten keine Macht, sondern Ohnmacht erblicken, werden die Zitate-ationen höchstens zurückgewiesen. Das einzige, was die Zentrums-

gelehrtenstrategen mit ihrer überholten Taktik geerbt haben, ist die Mißachtung und Geringschätzung der Gruben-herren. Christliche Bergarbeiter, lernt daraus!“

Aus der Zentrale des Bergknappen-Vereins bringt die Zentrums-gelehrte eine drei Spalten-lange Erörterung auf die v. Löwen-steinischen Ausführungen. Der Verfasser liest natürlich das Gegenteil vor dem heraus, was v. Löwenstein in Wirklichkeit gesagt hat. Des langen Gernoms kurzer Sinn ist: Löwenstein gehört zur schärfsten Richtung, der das maßvolle Vorgehen des Bergknappen-Vereins (Blattschrift) sehr unbequem ist, die sich darüber ärgert, daß es nicht zum Kampfe gekommen ist, und er hat die Gelegenheit benutzt, seinem Goh hierüber Ausdruck zu geben; dem Bergknappen-Verein sind weder von Kraftlicher, noch einer Zentrums-stellen Verhältnismäßigkeiten erteilt worden; der Bergknappen-Verein macht die erfreulichsten Fortschritte, während der Verband zurück-geht; er ist mit seinen 85 000 Mitgliedern (die doch nur in der Phantasie des Verfassers existieren!) die Macht, die im Rate der Bergarbeiter-Körper in die Waagschale fällt; der Bergknappen-Verein hat keine Feinde (auf Befehl der Feinde-herren werden die Zentrumsgelehrtenstrategen bei der nächsten Reichstagswahl geschlossen gegen Gue marschieren. Die Ned.); die Sozialdemokratie wird in Schachmattstellungen immer mehr faktischfähig uhm. Das ist die bekannte Art, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen, wobei man auf das schwache Gedächtnis seiner Anhänger spekuliert. Widerlegt, ungedeutet oder entkräftet werden dadurch wieder die Löwensteinischen Aus-führungen, noch die von uns daran geknüpften Schlussfolgerungen.

Wie sollen sich die technischen Beamten bei Streiks verhalten?

Wie sich die technischen Beamten bei Streiks der Arbeiter verhalten sollen, wird in der „Industriebeamten-Ztg.“ eingehend besprochen. Die Frage ist auch für die Bergarbeiter von Interesse. Haben wir es doch gerade im letzten Jahre bei dem Streik auf Glinauf-Segeu und beim Streik der mitteldeutschen Braunkohlengraber erlebt, daß die technischen Beamten zum großen Teile die Stellen der streikenden Arbeiter besetzten. Scharf geht die „Industriebeamten-Zeitung“ mit solchen Herren ins Gebet.

Welche Beamten sind es, die den Arbeitern bei Streiks in den Rücken fallen? Die „Industriebeamten-Zeitung“ beant-wortet die Frage wie folgt:

„Rückständige Elemente werden dem Chef be-pflichten, nämlich solche, die in jeder Lohnbewegung, besonders in dem Streik etwas Verwerfliches, Unmoralisches erblicken und daher besonders den Beruf in sich fühlen, dem „Verbrechen“ entgegen-zutreten. ... Für den Arbeiter ist das Zurückfallen seiner Arbeits-tätigkeit das einzige Mittel, ihren Preis zu steigern. Wenn der An-geordnete ihm hierbei in den Arm fällt, indem er aus freien Stücken seine Arbeitskraft an Stelle der des Arbeiters anbietet, so trägt er natürlich durch seinen Entschluß dazu bei, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Dann aber hätte er selber das Recht vermerkt, von seinen Kollegen Soli-darität zur Erlangung höherer Gehälter zu fordern.“

Damit, so fährt die „Industriebeamten-Zeitung“ fort, soll nicht gesagt sein, daß der Angestellte mitstreiken soll. Es heißt lediglich, daß er sich neutral verhalten soll. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Nein, schon dem einzelnen muß sein Bewußtsein sagen, daß es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, ein innerer Widerspruch wäre, wenn man selber für bessere Bedingungen kämpft und andere im Kampfe um diese besseren Bedingungen schädigt.“

Es wird dann weiter die Frage berührt, ob nicht zwischen den Streiks ein Unterschied zu machen sei. Mancher könnte sagen: Es sei doch ein Unterschied, ob die Arbeiter, vielleicht durch ein brutales Ausbeutungssystem zur Verzweiflung gebracht, sich in äußerster Not zur Wehr setzen, oder ob sie aus purer Macht-gelüste willen einen Streik frißol vom Baume brächen. Hierauf gibt die „Industriebeamten-Ztg.“ folgende Antwort:

„Es ist vorweg zu bemerken, daß diese Ausführungen unlogisch sind, denn, wenn ein Angestellter bei einem unberechtigten Streik der Arbeiter direkt dem Arbeitgeber beistehen will, so ist die not-wendige Konsequenz, daß er bei einem berechtigten Streik direkt den Arbeitern beisteht.“

Hierzu sei bemerkt: Unberechtigter Streiks gibt es nicht. Ohne zwingende Not greift die Arbeiterschaft nicht zum Streik. Der Streik ist eine zweischneidige Waffe. Ohne zwingende Gründe wird nicht zu dieser Waffe gegriffen. Sehr richtig stellt darum die „Industriebeamten-Ztg.“ das Verlangen, daß die technischen Beamten sich in allen Fällen neutral zu verhalten haben. Die „Industriebeamten-Ztg.“ ist der Meinung, daß sich nun mancher Beamte durch das Wimmern des Unternehmers dazu verleiten lasse, Streitarbeit zu verrichten. Ganz besonders dann, wenn der Unternehmer argumentiere: „Der Angestellte ist mein „Vertrauensmann“, mein „Mitarbeiter“ und hat als solcher in erster Linie das Interesse des Unternehmers wahr-zunehmen.“ Da meint nun der Verfasser, man habe inzwischen erfahren, was es mit dem „Vertrauensmann“ und „Mitar-beiter“ auf sich habe. Die Techniker wußten, daß ihnen diese schönen Namen immer nur zukamen, wenn der Chef et-was von ihnen haben wollte, z. B. unbezahlte Ar-beit, Streikarbeit u. a. m. Wollten die Beamten aber selbst etwas haben, Urlaubserhöhung, Gehaltszu-lage usw., dann sei der kollegiale Standpunkt des Herrn Chefs völlig verschwunden, und er erkläre dem Angestellten, daß er für ihn nur eine bezahlte Ar-beitskraft sei, die er möglichst billig zu kaufen und möglichst gründlich auszunutzen suchen müsse. Wörtlich heißt es dann in der „Industriebeamten-Zeitung“ weiter:

„Und wenn etwa einer fragt, ob es denn nicht unter seiner Würde sei, zugunsten der Arbeiter sich mit dem Chef in einen Streit wegen Verweigerung von Streikarbeit einzulassen, so möchte ich an ihn die Gegenfrage richten, ob er es vielleicht für würdiger hält, wenn ein technischer Angestellter in Hemdsärmeln Kohlen schippt oder Schrauben dreht, nur um dadurch einen hungrigen Arbeiter zu zwingen, ein paar Gro-schen von seiner Forderung nachzulassen?“

Dann wird ausgeführt, daß das eigene Interesse der technischen Angestellten zur Neutralität bei Streiks zwingt; wörtlich heißt es dann weiter:

„Denn welcher Unternehmer wird ihre Forderungen noch be-achten, welcher Direktor noch an ihre Energie glauben, der sieht, daß sie sich willfährig zu einer unwürdigen Arbeit (Streikarbeit) preisen lassen. Wollen die Techniker als Stand-erst genommen werden, so müssen sie mit aller Energie gegen den unwürdigen Zustand Front machen, daß Angestellte Streikbrecherdienste leisten.“

Und was erhält der Mohr, wenn er seine Schuldigkeit getan hat? Auf diese Frage gibt der „Technische Grubenbeamte“, das Organ des Streikerbundes, in seiner Nummer vom 22. Aug. d. J. folgende Antwort:

„Nicht einmal die Versprechungen, mit denen man sich die Be-amten gefügig macht, werden immer gehalten. So nach jüngst bei dem Streik auf Glinauf-Segeu, da hatte man den Streikern außer dem Gehalt noch einen Lohn nach dem Gewinne des jeweiligen Betriebs zugesagt, vor dem sie schafften, versprochen. Als es aber nachher ausging, gingen sie davon, daß gar nichts war, nicht genug geleistet.“

Der „Technische Grubenbeamte“ ist ja nun boshaft genug und meint, daß es immer so gehen müsse. Je eher würden die Beamten einsehen lernen, daß die Helfer ihrer Unterthänigkeit im Kampfe mit den Arbeitern nicht würdig sind. Ganz unsere Meinung!

Auch in Mitteldeutschland soll eine Reihe von Grubenge-sehften ihre Versprechungen den Beamten gegenüber nicht ge-halten haben. Diese armen Kerle haben besonders geglaubt, den Herausreißer machen zu müssen. Im glühenden Sonnen-brand haben sie sich in den Tagebauen abgemüht im Interesse der Unternehmer. In kleinen Wäldchen ist ihnen der Schweiß am Körper heruntergelaufen, fürchterlich schmerzten die Hände infolge der ungewohnten Tätigkeit und nun haben die Unter-nehmer doch kein Erbarmen! Das ist hart!

Einige dieser Herren Grubenbeamten glauben nun ihren Kameraden an den Arbeitern auslassen zu müssen. Das ist kein besonderes Zeichen von Mut. Die Arbeiter sind wirklich nicht schuld daran, daß die den Grubenbeamten gemachten Verspre-chungen nicht gehalten worden sind. Aber haben sie es denn besser verdient? Wir sagen nein! Zur Hebung ihres Standes haben sie wirklich durch ihr Verhalten nicht beigetragen. Wer geachtet sein will, muß sich selbst aufraffen. Auch das Strei-kerproletariat, wozu die technischen Beamten gehören, hat dieses notwendig.

Erfolge des Bergarbeiterverbandes.

„Die Organisation hat ja doch keinen Zweck; es ist immer so gewesen und wird auch immer so bleiben.“ Diesem fatalistischen Ein-wand begegnet man in Bergarbeiterkreisen oft, wenn man Unorgani-siertheit für die Organisation zu gewinnen sucht. Besonders häufig aber begegnet man diesem Einwand bei Bergarbeiterfrauen, was für deren Intelligenz gerade kein gutes Zeugnis ist. So kann nur jemand denken und urteilen, der auf dem Kopfe steht und sich die Verhältnisse mit den Füßen betrachtet.

Die Hoffnungslosigkeit und Indifferenz, die sich in obigem Satz ausdrücken, sind das schlimmste Hindernis unserer Organisation, wie allen Fortschritts überhaupt. Dagegen müssen wir anfangen und immer wieder darauf hinweisen, daß alle Fortschritte, die im Bergbau für die Arbeiter erzielt wurden, der Organisation zu verdanken sind. Es stünde schlimm um den Bergbau, wenn keine Organisation vor-handen wäre, die den Klagen im Bergbau zu Hilfe rühte und auf Besserung der Arbeitsverhältnisse drängte. Das zeigen uns die Verhältnisse besonders der achtziger Jahre und alle alten Kampfs, die diese Zeit erlebt, wissen ein Liedchen davon zu singen. Sie wissen aber auch die Fortschritte, die durch die Tätigkeit und auf Drängen ihrer Organisation erzielt wurden, wohl zu würdigen. So schreibt uns jetzt ein alter Kamerad aus dem Ruhrgebiet, der unserem Verbande seit seinem Bestehen angehört und die achtziger Jahre miterlebt hat, folgendes:

„Die Vorfertigung, die in Nr. 34 unserer Zeitung den Anarchos — Monarchos werden sie in Kampfskreisen auch genannt —, welche immer behaupten, unser Verband leiste nichts und habe noch nichts geleistet, gütlich wurde, hat in den Kreisen unserer Kameraden, soweit ich hören konnte, überall lebhafteste Zustimmung gefunden. Mit Recht weiß der Artikel die perfiden Worte nach, welche durch unseren Verband durch fortgesetztes Drängen, rüchichtslose Kritik und Auf-deckung der Schäden, erreicht wurden. Ohne den Bergarbeiterverband wären die Verhältnisse im Bergbau heute viel unerträglicher wie in den achtziger Jahren, weil das Grubenkapital heute viel mächtiger und darum auch noch viel rüchichtsloser ist wie damals. Wenn aber trotzdem die Verhältnisse besser geworden sind, so haben die Berg-arbeiter das einzig ihrer Organisation zu verdanken. Das sollte doch heute nachgerade jedes vernünftige Kind begreifen.“

In dem Artikel der „Bergarbeiter-Zeitung“ sind hauptsächlich nur die direkten perfiden Vorteile herbeigehoben; ich möchte darum auch einmal kurz an sonstige Fortschritte, die erzielt wurden, er-innern. Ich weiß nicht, wie alt Herr Karl Besser (der Führer der Anarchos, d. Ned.) ist; hat er aber vor 1889 (schon als Bauer gearbeitet (Da lief er noch in Klapphosen herum, d. Ned.), dann muß man ihn bedauern, daß er so vergesslich ist. Hat er aber erst nach 1889 das Bergfach eingeschlagen, dann hätte er die Verhältnisse vor 1889 erst studieren müssen, bevor er sich zu solchen Urteilen über das Wirken einer Organisation verließ.“

Vor 1889 kannte man auf den meisten Ruhrgegenden keine großen Ventilatoren; die Belüftung der Gruben geschah in der Hauptsache mit Hilfe von Tagesüberhauen, Wetterüberhauen und Wetterböden. Diese Art Belüftung war ständig beeinflusst durch die Witterungs-verhältnisse; bei warmer, drückender Luft, besonders aber im Früh-jahr und Herbst, wenn der Wetterzug umschloß, kam es vor, daß in der Grube kaum eine Lampe brennen konnte, so schlecht war die Be-ventilation. Zudem wurde nur mit offenem Licht gearbeitet. Eine sehr primitive Wetterlampe kannte man nur zum Probieren der Wetter, beim Auffahren von Ueberhauen. Wurden in einem der-artigen Ueberhau Schlagwetter festgestellt, so gingen die Arbeiter ohne Licht hinein und suchten durch Schlagen mit ihren Fäßen oder Hämern die Wetter hinauszuweisen. Gelang das nicht, wurde einfach im Dunkeln ohne Licht, um die Schlagwetter nicht zu entzünden, weiter gearbeitet. Das war damals so selbstverständlich, daß kein Beamter sich danach umah. Ich rief einmal bei einer solchen Gelegenheit auf Beche Baader Mulde den Beamten an, um ihn zu veranlassen, ein anderes Verfahren zur Beseitigung der Schlagwetter anzuwenden zu lassen. Er rief mir den Bremsberg hinauf zu: „Soll ich vielleicht kommen und schaffen die Schlagwetter heraus?“

So war es damals gang und gäbe. Nur wenn größere Ueberhau-e, etwa von einer Sohle zu andern, aufgeföhren wurden, bequimte man sich zur Aufstellung einer kleinen Wettermühle, welche von einem jungen ungelerten Arbeiter gedreht werden mußte. Häufig kam es vor, daß der Junge beim Drehen durch die ausziehenden schlechten Wetter schlief wurde und in Schlaf verfiel; die Wettermühle wurde dann nicht gedreht und Schlagwetter sammelten sich an. Durch das Arbeiten und das Herunterfallen der losgeschafften Kohlen blieb es vor dem Arbeitsloze manchmal rein, aber etwas tiefer stand alles voll Schlagwetter. Kam dann der ahnungslose Bauer mit der offenen Lampe herunter, war das Unglück geschehen! Ein solches ist noch kurz vor 1889 auf der Beche Baader Mulde auf diese Weise passiert.

Das Gedinge wurde damals noch viel willkürlicher geest, wie das heute der Fall ist, war darum auch verhältnismäßig viel niedriger und die Löhne waren miserabel. Die Arbeiter waren meist auf die Günst der Beamten angewiesen. Selten wußte ein Bauer, was er verdient hatte, das erfuhr er meist erst am Lohnlag. Fragte ein Bauer, der beim Steiger gut stand, diesen, was er verdient hätte, so wurde ihm wohl einmal ins Ohr gestültert: „Ja heß die en Dä-leren geschreiben, du motts äwer nimmes wat jegen.“ (Ja habe Dir einen Kaler geschreiben, Du mußt aber niemand etwas jegen.) Die rüchichtslose Willfür, die damals herrschte, die sich in vorstehendem Satz ausdrückt und die zu dem 89er Streik führte, kann nur der er-messen, der sie am eigenen Leibe verspürt hat.

Auch die Schichtzeit wurde willkürlich ausgedehnt. Die Dauer der Morgenschicht fuhr in der Regel schon um 2 Uhr des Nachts an, um den Schram im Ort oder Pfeiler drauf zu fassen, damit vor Beginn der Förderung schon Kohlen los waren. Die Marktenkontrolle wurde nicht genau geführt, weil der Steiger die Schichten ausschrieb.

Mit dieser Ueberarbeit hatte es aber noch nicht sein Bewenden. Kam man heraus, so mußten manchmal in Sturm und Regen noch Holz, Schienen und anderes Material aufgetragen werden, wozu häufig genug 1 bis 2 Stunden notwendig waren. Im anderen Morgen mußte dann einer von der Kameradschaft früher anfahren und sich das Holz usw. in die Züge laden und dabei bleiben bis es an Ort und Stelle war, damit es nicht gestohlen wurde. War eine Arbeit mit zwei Drittel belegt, so mußte die Mittagschicht stets eine Stunde früher kommen und das notwendige Material auftragen und die Morgenschicht mußte aufpassen, daß es nicht wieder gestohlen wurde. Dazu mußte der Lehrbauer für Pulver, Säme, Schwamm, Leihen zum Besetzen der Schiffe, Streichhölzer usw. sorgen. Auf diese Weise wurde jedem Arbeiter die Schicht täglich um mehr als eine Stunde durchschmittlich verlängert.

Diese „patriarchalischen“ Verhältnisse kennt man heute nicht mehr; sie sind beseitigt und haben besseren Verhältnissen Platz machen müssen durch die Tätigkeit und den Einfluß der Organisation. Sätte Besser all das mit erlebt, könnte es nicht so spurlos aus seinem Gedächtnis entzunden sein und er würde die geradezu aberrante Behauptung nicht aufstellen, der Verband hätte nichts geleistet und könnte nichts leisten.

Wie hat der Verband nicht eingewirkt auf Verbesserung der Lage der Bergarbeiter? Auch Besser dürften die alten Wälschmannen noch in Erinnerung sein, wo sich die ganze Bergarbeiter-Schicht in einem Wälschmann voll Wasser baden mußte. Das waren die reinsten Schlammwälschmannen! Häufig war der Schmutz derart schlammig und ekelhaft, daß sich die Arbeiter fast erbrechen mußten.

Nach diese Seiten könnte ich schreiben, wollte ich all die Verbesserungen im Bergbau, die auf Drängen und durch die fortgesetzte Kritik des Verbandes herbeigeführt wurden, behandeln. Das würde aber zu weit führen. Den jüngeren Kameraden möchte ich nur einige Fingerzeige geben, um ihnen zu zeigen, was die Organisation geleistet hat, was durch sie erreicht wurde.

Aber nicht nur auf dem Gebiete der inneren Grubenverhältnisse, der Lohn- und Arbeitsbedingungen, hat der Verband durch sein Drängen und seine Kritik manches erreicht, sondern auch auf Inanspruchnahme und anderen Gebieten. Der Verband hat es sich zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder in geistiger und wirtschaftlicher Beziehung zu fördern und ihre Interessen tatkräftig zu vertreten. Dieser Aufgabe ist er bisher mit Umsicht und Geschick, selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, gerecht geworden. Gewaltige Opfer hat er gebracht, langjährige Gefängnisse und Zuchthausstrafen haben seine Führer unschuldig verbüßen müssen, weil sie für die Interessen der Arbeiter unerschrocken eintreten. Wer das bestreitet, ist entweder ein Narr oder böswilliger Verleumder.

So weit die Zustände des Kameraden, die wir Wort für Wort unterzeichnen können. Aus welchen Elementen hat diese Anarchos rekrutiert und wie konstant ihre Anhängerschaft, ergibt sich aus folgender Zusammenfassung eines anderen Kameraden:

„Ein Napoleon ist der Bergarbeiter. Wer ist dieser kühne Kämpfer? Hören wir! Am Sonntag, den 27. August, fand in Stodum ein von dem Hauptling der Anarchos geleitetes einkaufendes Bergarbeiterversammlungsamt, zu welcher man den Verbandsvorsitzenden eingeladen hatte. Jawohl, die Leute haben Mut! Nur war die Einladung ausnahmsweise, also ohne Namensunterzeichnung. Solche Sachen wandern bei uns in der Regel in den Papierkorb. Doch hier machten wir einmal eine Ausnahme und folgten der anonymen Einladung. Ein Beweis, welche Hochachtung wir den Anarchos entgegenbringen. Es war aber auch gut. Herr Besser, das „große Licht“, redete. Er glaubt nämlich selbst, daß er „groß“ sei und das ist der beste Beweis dafür, daß es auch wahr ist. Er stellte sich der Versammlung wie folgt vor:

„Kameraden und Klassenkämpfer! Es ist nicht richtig, daß man alles der geschichtlichen Entwicklung überlassen muß. Einzelne Personen können durch Energie und Tatkraft ebenfalls eine Veränderung in der Weltgeschichte herbeiführen. Ein Beweis hierfür ist Napoleon. So wie dieser durch Mut, Kühnheit und Energie Staaten eroberte und sie unter seine Herrschaft brachte, so wollen wir — ich, Karlchen Besser, als Napoleon der Bergarbeiter — die Bergarbeiterbewegung vorwärts treiben, zum Kampfe und Siege führen.“

Kurze Wehe auch, ihr Grubenherren, ihr Ausbeuter, zu Ende geht eure Herrschaft, denn den Bergarbeitern ist ein Napoleon entstanden! Er hat gesagt, die Bergarbeiter zum Kampfe und Siege zu führen und so wird es auch geschehen. Darum wehe euch!

Aber weiter. Die jetzt bestehenden Organisationen sind keine Kampfsorganisationen, so sagte Karl Besser. Im Jahre 1907, so meinte er weiter, mußte der Kampf noch 14 Tage andauern und die Herrschaft der Grubenherren lag zerstückelt am Boden. In der Diskussion stellte Kamerad Böfller die Frage an Besser, ob er denn wirklich glaube, daß, wenn 1907 noch 14 Tage weiter getrieben worden wäre, die Grubenherren nachgegeben hätten. Besser erwiderte Besser: „Nein, das ist nicht meine Meinung, sondern das haben mir andere gesagt.“ Eine stürmische Laushebung durchbrach den Saal. Besser sprach dann weiter über die Lohnbewegung im Jahre 1906. Die Löhne, so führte er aus, sind damals gestiegen, das muß anerkannt werden. Diese Steigerung ist aber nicht auf das Konto der Lohnbewegung zu schreiben. Die Unternehmer wurden durch die gute wirtschaftliche Konjunktur dazu veranlaßt. Nicht die Lohnbewegung hat die Steigerung veranlaßt. Kamerad Böfller erwiderte ihm, daß er diese Weisheit aus dem Unternehmerlager oder aus der „Mittelständischen Zeitung“ habe. Genau so wie Besser redeten die Unternehmer. Nach Besser mußte dann weiter bei der Beratung des Anarchosfaktors, bei der Einführung des Zwangsarbeitens und im vergangenen Herbst der Kampf kommen. Im vergangenen Herbst, so erklärte er, genau wie sein großer Meister, sei es möglich gewesen, den „Christen“ das schmerzliche Halsband anzulegen. Diese Gelegenheit habe der Verband verpaßt. Der Verband sei überhaupt keine Kampfsorganisation mehr. In der Diskussion wurde Herr Besser und seinem Freunde Thimm, beide von Dortmund, böse mitgespielt.

Kamerad Böfller erklärte, daß, wenn Kämpfe inszeniert würden, man zum mindesten den Glauben an einen Erfolg haben müßte. Wer diesen Glauben nicht habe und dennoch Kämpfe inszeniere, sei ein gewissenloser Verbrecher, der mit dem russischen Anarchisten Retzchajew auf eine Stufe zu stellen sei. Kamerad Böfller nahm dann einen Artikel heraus, welchen Herr Thimm, der in der Versammlung anwesend war und sich am Vorstandstisch breit machte, im vergangenen Jahre in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht hat. Damals war der jetzige Anarchosfaktors Thimm noch Mitglied des Bergarbeiterverbandes. Ganz richtig hat er damals die Anarchos eingeschätzt. Bei dem Vorlesen des Artikels, wobei die notwendigen Zwischenbemerkungen nicht fehlten, brach die Versammlung in minutenlange stürmische Heiterkeit aus, während Herr Thimm, der Verfasser des Artikels, und Karl Besser auf ihren Stühlen immer kleiner wurden. Doch lassen wir diesen Artikel folgen. Derselbe ist am 4. August 1910 in der Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ erschienen und hat folgenden Wortlaut:

„Der Verleumdungsfeldzug der Anarchos im Ruhrrevier.“

Ein Bergarbeiter von Zeche Kaiserstuhl schreibt uns: Eine unglaublich gefährliche Kampfesweise betreiben zurzeit die Anarchos, über die sie sich nennen, die „Freie Vereinigung der Bergarbeiter“ im Ruhrrevier. Was diese Leute an Verdrähtungen von Partei- und Verbandsangehörigen leisten, geht auf keine Kuhhaut. Für sie ist jeder Angestellte ein eckiger Keil oder ein Dummkopf. Nur sie, die Anarchos, sind die Ehrlichkeit selbst und außerdem im Besitze der letzten und tiefsten Weisheit. Alles, was Partei und Gewerkschaften unternehmen, ist Unfug, nur sie treiben richtige Politik. (Was dies für eine Politik ist, wollen wir weiter unten sehen.) Die Antwort darauf ist die Art und Weise, wie sie ihre Agitation betreiben. Alle ergrauten Parteigenossen und Gewerkschaftler, die im Kampfe für die Arbeiter-schafft schwere Strafen auf sich genommen haben, die während des Sozialistengesetzes ins Exil wandern mußten und oft ihre Existenz dadurch verloren, tragen dem fest und unerschütterlich für die Sache der Arbeiter-schafft weiterkämpfen, werden von diesen Leuten, die zum größten Teil aus Konfessionslosen und Wirtshausbesitzer bestehen und nicht, sich erst auf den Felsenboden zu setzen, um etwas Einbildung in den Gang der Weltgeschichte zu nehmen, in geradezu widerwärtiger Weise in den Schmutz gezogen. Schreiber dieses hat auf der Zeche, auf der die Hauptführung der Brader Anarchos arbeiten, oft Gelegenheit, das Treiben dieser Anarchos zu beobachten. Da werden die Haare sträubend Dinge behauptet! Jeder Angestellte ist in ihren Augen ein Lump und die Anhänger unserer Partei Dummköpfe oder Posten-jäger. Gut nun aber einmal einer der unfürigen einen Fehler gemacht, sei es auch nur ein taktischer, da herrscht Freude in Trojas Gassen. Dann haben sie endlich Stoff, an dem es ihnen sonst fehlt. Wochen und monatelang reiten sie auf so einem Fall herum. Mit häßlichen Schlägen beschmutzen sie ihr eigenes Gesicht. Man kann ruhig sagen: ihre ganze Agitation besteht nur in ewigem Verleumben und Verdrähten von Verbandskameraden. Das Parteigenossen würde sofort zusammenfallen, würde es eine ausländische Kampfesweise einschlagen. Denn mit ihrer „Theorie“ ist es nämlich bestellt. Sie wissen nämlich selbst nicht, was sie wollen. Schreiber dieses hat sich alle Mühe gegeben, aus ihnen herauszubekommen, was sie denn eigentlich für ein Ziel haben und was sie denn besser machen wollen. Aber dann schweigen alle Flügel! Nichts sagende Redensarten sind das Ende. Gaben sie in theoretischen Fragen den Boden unter den Füßen verloren, so gehen sie zu neuen Verdrähtungen und Verunglimpfungen von Personen über. Darin sind sie dann allerdings beifalliger.

Aber gehen wir uns diese Leuten, die uns hauptsächlich vorwerfen, daß wir nicht radikal genug wären, von einer anderen Seite an. Überall da, wo unsere Genossen organisieren und agitieren, werden sie von den Zechenherren verfolgt, werden sie von Zeche zu Zeche geschickt und erhalten schließlich keine Arbeit. Und nun gar noch in solchen Gegenden, wo unsere Genossen neu eindringen, wo bisher unsere Partei noch nicht vertreten war! Hier sind die Verfolgungen noch schlimmer, noch erbitterter, so daß unsere Kameraden oft nichts anderes übrig bleibt, als abzuwandern. Ist es nun nicht auffallend und in die Augen springend, daß die Anarchos, die hoch so radikal sein wollen, ausgehen von wenigen Ausnahmen, gar keine Verfolgungen von seiten

der Zechenherren aufgelegt haben? Wir sind nicht so toll, ihnen Verleumdungen zu wünschen. Aber ein Wunsch, wir: daß auch wir überall so frei und unbehelligt für unsere Sache agitieren könnten, wie sie es hier können. Man bemerkt nicht, daß diesen Leuten auch nur ein Haart gekrümmt wird. Es ist dies aber auch leicht erklärlich. Denn sie sind ja gar nicht so radikal, als sie sich den Anarchos geben. Im Arbeitsverhältnis am allerwenigsten! Von einem Kampfe gegen die Zechenherren merkt man bei ihnen nichts, da sind sie schon artig, da überlassen sie den Kampf gern den Verbändlern. Radikal sind sie nur im Verleumben und Verdrähten unserer Organisation. Die Zechenherren haben allerdings sehr gut ihre Freunde erkannt, sie haben schnell begriffen, was diese Leute für sie wert sind. An den politischen Wahlen, wie an den Kommunal-, Anarchos- und Sicherheitsmännerwahlen beteiligen sie sich nicht, wollen also die Zechenherren sowie die herrschenden Klassen ruhig im Besitze der politischen und wirtschaftlichen Macht lassen. Im Arbeitsverhältnis sind sie höchst artig. Was aber die Hauptfrage ist, sie bringen Gehässigkeit und Mißtrauen in unsere Reihen und schwächen dadurch die Schlagkraft und Energie der Arbeiterschaft und das ist gerade das, was die Zechenherren wünschen. Deshalb haben die Zechenherren auch keine Veranlassung, die Anarchos zu verfolgen. Im Gegenteil: sie sind ihnen als Verleumder im gewissen Sinne herzlich willkommen. Sie wissen genau, würde es den Anarchos gelingen, die Arbeiterschaft zu zerstückeln, so könnten sie, die herrschenden Klassen, noch lange ihr jetziges herrliches Leben weiter führen und sie brauchen nicht so besorgt das Anwachsen der roten Flut zu fürchten. Dem denkenden Arbeiter wird dieses Verhältnis der Zeche zu den Anarchos von selbst auffallen. Es gilt aber, die Reichsgläubigen, die diese Anarchos, die sich gemeinlich den Anarchos großer Mediosität zu geben wissen, betören, darauf aufmerksam zu machen, diesen Leuten nicht zu glauben. Denn das ist wohl sicher: Wenn die Anarchos den Zeche gefährlich, so würden sich die Zechenherren mit währendem Haß auf sie stürzen und sie verfolgen mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. In unseren Genossen aber ist es, diesen Arbeiterzerstückelern das Handwerk zu legen, ihnen überall bei ihren Agitationen in der Zeche entgegenzutreten und ihr arbeitsschädigendes Verhalten zu brandmarken. Es ist zwar keine angenehme Aufgabe, mit Leuten zu diskutieren, die immer wieder dieselben eckhaften, längst widerlegten Verleumdungen vortreiben. Aber wir dürfen dem Treiben nicht länger müßig zusehen. Hier muß durchgegriffen werden, ehe es zu spät ist. Das eine aber müßte die Anarchos oder Sozialisten und Sozialistinnen und wie sie sich sonst noch nennen, bedenken: Die persönlichen Verleumdungen, die sie oft gegen uns anwenden, werden nach kurzer Zeit aus ihren eigenen Reihen gegen sie selbst erhoben werden. Wie die Saat, so die Ernte. Schon jetzt sind manche ihrer Nachläufer unzufrieden wegen dieser fortgesetzten persönlichen Kampfesweise und daran wird dieses Organisationsfaktors zugrunde gehen wie es entstanden ist: mit großer Kraft und Stant.

Die Arbeiterschaft aber läßt sich von dem Treiben dieser Quertreiber nicht vom rechten Wege abbringen. Wir wollen uns nicht in kleine, machtlose Organisationskämpfe zerstückeln, sondern unsere Kräfte sammeln zu dem Kampfe, die uns in kurzer Zeit bevorstehen. Diese Kämpfe werden immer schärfer. Die Arbeiterschaft, die Sozialistinnen, so heißt die Lösung. Und darum muß die Arbeiterschaft fest und unerschütterlich zusammenhalten, wollen wir aus diesen Kämpfen als Sieger hervorgehen.

Damit waren die „Monarchos“, wie sie von unseren Kameraden genannt werden, gerichtet. Der Besser erklärte in seiner Entgegnung, daß ihm noch niemals so viel Spott und Ironie auf sein Haupt gepöbelt wurde. Herr Thimm entschuldigte seine schwache Verteidigung damit, daß er kein Berufsredner sei. Es ist allerdings zu verstehen, wenn nach einer so herrschenden Selbstkritik, wie der obige Artikel bedeutet, die Sprache stumm wird. Nach heftigster Dauer wurde diese interessante Versammlung geschlossen und zogen um 11 Uhr die Herren „Monarchos“ Besser und Thimm aus Dortmund sowie Zeit aus Lüdenscheid und die betriebl. Logenherren von dannen. In ihre Abreibung in Stodum werden sie noch lange denken.

Bergarbeiterverhältnisse in Großbritannien.

IV.

Lebenshaltung und Lebensgewohnheiten.

Wir sind natürlich nicht imstande, ein unanfechtbares Urteil über die Lebensverhältnisse der Bergleute in ganz Großbritannien abzugeben. Im Jahre 1910 waren allein in der britischen Kohlenbergwerksgewerkschaft 10494 Arbeiter, außerdem in den Erzbergwerken 28070 Menschen beschäftigt. Wenn große Bergwerksdistrikte, eingeteilt in zwölf Inspektionsbezirke, die sich über noch weit mehr Grafschaften (Regierungsbezirke) erstrecken, sind vorhanden. Wir besuchten vor sechs Jahren Schottland, Northumberland, Durham und Lancashire, dieses Jahr Monmouthshire und Glamorgan; letztere Grafschaft ist der kohlengrubenreichste Teil von Südwales. Soweit wir nicht aus eigener Anschauung berichten, beziehen wir uns auf mündliche und schriftliche Mitteilungen britischer Kameraden.

Die Lebenshaltung einer Arbeiterbevölkerung hängt von der Höhe des Lohnes und von den Preisen der wichtigsten Lebensmittel ab. Es kommt in erster Linie nicht auf die absolute Lohnhöhe, sondern auf die Höhe der Lebenshaltung an. Auf ein Pfund für seinen täglichen notwendigen Unterhalt 4 Mark ausgeben und verdient 6 Mark, so sieht er sich nicht besser als derjenige, der denselben Lebensunterhalt für 2 Mark einkaufen kann und nur 4 Mark verdient. Darum ist es notwendig, nicht nur nach der Lohnhöhe, sondern auch nach den Preisen für den Lebensunterhalt zu fragen.

Der britische Bergarbeiter hat überhaupt eine von der deutschen sehr verschiedene Ernährungsweise, entsprechend den Lebensgewohnheiten. Während bei uns vor Beginn der Schicht in der Regel nur ein Schluck Kaffee, seltener mit einem Stück Brot, genossen wird, nimmt der britische Bergmann vor der Anfahrt zu Hause ein reichliches Frühstück zu sich. Es besteht in den meisten von uns beobachteten Fällen in gebratenem oder gekochtem Schinken oder Pechfleisch mit Eiern (ham und eggs), Tee oder Kaffee, sowie Brot. Zur Zeche wird festes Nahrungsmittel genommen. Mit einem ordentlichen Frühstück im Leibe kann die Schicht durchgehalten werden ohne zu „buttern“. Von der Schicht zurückgekehrt, nimmt der Bergmann sofort ein aus Suppe, Fleisch, Brot, wenigen Kartoffeln und etwas Gemüse bestehendes Mittagessen zu sich. Die Hauptmahlzeit ist abends zwischen 6 und 7 Uhr. Dann gibt es wieder Tee oder Kaffee, Fisch oder Fleisch, Brot, Gemüse oder Salat (meist Tomaten); es wird hinterher auch Bier (in Flaschen) getrunken. Natürlich wechselt die Zusammensetzung der Speisen und ihre Güte je nach dem Gewinnaufschlag und nach dem Einkommen der Familie. Das reichliche Frühstück vor Beginn der Schicht ist aber überall Gebrauch und Schinken oder Pechfleisch mit Eiern sind seine Hauptbestandteile sowohl in Schottland und Northumberland als in Mittel-England und Südwales. Wirtshäuser werden sehr wenig genossen. Daß diese ordentliche Kräftigung vor der Arbeitsaufnahme der deutschen Gatte, in der Frühe nur Kaffeebrühe mit Brot zu sich zu nehmen, vorzüglich ist, steht wohl außer Frage.

Allerdings gehört zu dieser Verproviantierung in der Frühe nicht nur ein die Ernährungswirtschaft gebührender Magen, sondern auch das nötige Geld, oder, richtiger gesagt, die Nahrungsmittelpreise dürfen nicht so hoch sein wie in den deutschen Bergwerksbezirken. Was die Eier anlangt, so fanden wir sie drüben nicht teurer als in Deutschland. Auch für Gemüse, Kartoffeln und Salate muß ziemlich dasselbe gezahlt werden wie bei uns in gewöhnlichen Zeiten. Aber das Fleisch ist erheblich billiger wie bei uns! Wir sahen in Glamorgan, Monmouthshire wie in Schottland und Northumberland das beste Ochsenfleisch, geradezu ausgezeichnete Qualität in den Auslagen angeboten per Pfund für 8 Pence (66 bis 67 Pf.). Bemerkte ich vorweg, daß das englische Pfund etwas leichter ist als das deutsche. Für 9 Pence (75 Pf.) wird ausgezeichnetes mageres Ochsenfleisch (Roastbeefsteak) verkauft. Geringere Qualitäten kosten 6, 5 und 4½ Pence (54 bis 50 Pf.), jedoch sind das keine „mindestwertigen“, wie sie bei uns an der „Freibank“ verkauft werden, sondern das Fleisch zu etwa 40 Pf. pro Pfund ist ebenso gut als unser sogenanntes Suppenfleisch, für das wir 75 bis 90 Pf. zahlen müssen. Ausgezeichnetes Fleisch zu essen ist drüben nicht üblich. Kalbfleisch wird verhältnismäßig wenig gegessen. Die besten Stücke werden das Pfund zu 8 und 9 Pence (höchstens 75 Pf.) verkauft, die weniger guten sind schon für 6 Pence (50 Pf.) zu haben. Ein Pfund Hammelfleisch, neben Ochsenfleisch an häufigsten verkauft, ist für 5, 6, 7 und 8 Pence (ungefähr 41½ bis 67 Pf.) zu haben; ausgelegte Stücke von höchster Qualität kommen auf 9 Pence (75 Pf.). Für durchgehendes Schweinefleisch werden 6, 7 und 8 Pence (50 bis 67 Pf.) bezahlt, fettes ist um 1 Pence (8½ Pf.) billiger. Schweinefleisch (geschlachtet, roter wird nicht gegessen) wird

meistens mit 8 Pence (66 bis 67 Pf.) das Pfund bezahlt; in den meisten Metzgereien war es bis zu 13 Pence (108½ Pf.) ausgelegt. Auch dieser Höchstpreis ist immer noch bedeutend niedriger wie der für Schinken in Deutschland mindestens gefordert. Bei uns kostet selbst der sogenannte „Schinkenpfund“ per Pfund 1,20 bis 1,50 Mark, während in Südwales für dieselbe Qualität nur 70 bis 80 Pf. gezahlt wird; geringere Sorten sind noch billiger. Daraus erklärt sich auch, daß der britische Bergmann schon beim Frühstück (Breakfast) reichlich Fleischmahlzeit zu sich nehmen kann und daß drüben Kartoffeln und Gemüse nur als Zutaten gelten, während in Deutschland für die Arbeiterschaft die Fleischmahlzeit gegenüber dem Verzehr von Kartoffeln, Gemüse und getrockneten Hülsenfrüchten weit zurücksteht.

Ein Vergleich der Brotpreise lehrt uns, daß a. B. in Aberdeen, wo sich die Arbeiterschaft eine Konsumgenossenschaft mit Metzgerei und Metzgerei errichtet, für ein Pfund Brot ungefähr 10 bis 17 Prozent weniger gezahlt wird als bei uns. Es wird vorwiegend ein ganz weisses Weizenbrot, weniger ein braunes Weizenbrot (Moggen und Weizen) gegessen. Wir konnten also feststellen, daß drüben die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, Fleisch und Brot, erheblich, zum Teil ganz bedeutend billiger sind als bei uns! Dabei kommt noch in Betracht, daß infolge des kurz vorher gemessenen und noch nicht ganz beendeten Aufstandes der Seeleute und der Hafenarbeiter in Cardiff und Newport eine Störung der Lebensmittelzufuhr eingetreten war, was schon eine geringe Preissteigerung bewirkte. Großbritannien's Landwirtschaft ist schon längst nicht mehr imstande, die Bevölkerung auch nur annähernd ausreichend mit Fleisch, Brot, Kartoffeln und Gemüse zu versorgen. Sie wird weit überwiegend durch überseeische Einfuhr verproviantiert. Während aber in Deutschland auch die notwendigen Vollnahrungsmittel durch hohe Einfuhrzölle und Verbrauchssteuern verteuert werden, erfolgt diese Nahrungsmittelzufuhr in Großbritannien zollfrei! Darum hat der britische Bergmann bedeutend niedrigere Fleisch- und Brotpreise zu zahlen als sein Vergenosse in Deutschland und hat deshalb umsoviel mehr eine weit bessere Ernährung! Diesen Eindruck haben wir in allen britischen Bergwerksbezirken gewonnen, wenn auch hier wieder Unterschiede herrschen, weil ja auch Unterschiede in der Lohnzahlung bestehen. Wir meinen, daß die Vergleiche in Monmouthshire, Südwales und Durham-Northumberland sich durchsichtlich besser ernähren als die schottischen Kameraden. Aber selbst diese essen mehr Fleisch und weniger Kartoffeln als die Arbeiter in den deutschen Bergwerksbezirken mit den höchsten Löhnen.

In den Preisen für Kleidung und Schuhwerk haben wir nur geringe Unterschiede gefunden; für Arbeitskleider wie auch für bessere Anzüge und für Schuhe und Stiefel zahlt der britische Bergmann ziemlich dasselbe wie der deutsche. Anders sieht es wieder mit der Wohnung. In den meisten Bergmannsdörfern liegen die Bergarbeiterhäuser unweit den Schächten. Die Häuser sind fast durchwegs zweistöckig, in langen Reihen, oft hunderte nebeneinander nach einem Muster gebaut. Sie gehören seltener den Werksbesitzern, häufiger haben die Gemeinden oder Landbesitzer entweder selber gebaut oder haben Darlehen an baulustige Private. In einigen von uns besuchten ländlichen Bergarbeiterdörfern sind die Vergleiche vielfach Hausbesitzer, ob schuldlos, konnten wir nicht ermitteln.

Schuldlos, konnten wir nicht ermitteln. Wo wir überall sehr freundlich aufgenommen wurden. Jedes Haus beherbergt zwei Familien, jede hat einen separaten Eingang; fast vor jedem Hause ist ein Blumenbeet, hinten heraus ein kleiner Garten, und ein Koffelbader. Natürlich sprechen wir nicht von den größeren Industriestädten wie Manchester, London, Birmingham usw. Hier reicht sich Haus an Haus, Straße an Straße, selten unterbrochen durch Gärten. Hier sind auch die Wohnungsverhältnisse, infolge der größeren Volksdichte und höheren Mieten, schlechter als in den Ländorten. Wir glauben aber nach unseren Beobachtungen annehmen zu müssen, daß die Hauptmasse der Bergarbeiter in den nächst den Zechen angelegten Dörfern wohnt. In Südwales und Monmouthshire ist es ähnlich so wie in Durham-Merter, während wir im schottischen Hauptbergwerksbezirk Lanarkshire die Vergleiche vorwiegend in dichtbesetzten städtischen Bezirken wohnend fanden. Daher auch dort die Wohnungsverhältnisse sehr häufig schlechte sind, etwa so wie in mittleren und nördlichen Ruhrgebiet, aber doch besser als in Schlesien.

Die städtischen Bergarbeiterwohnung besteht fast durchwegs aus fünf und sechs Räumen. Drei liegen parterre, zwei oder drei auf Treppen hoch. Gewöhnlich liegt im Parterre vorne die „gute Stube“, dahinter das Wohn- und Esszimmer, hinter diesem die Küche mit einer Badeeinrichtung (Wanne). Eine Treppe hoch liegen die Schlafzimmern. Weil drüben in jeder Familienwohnung auch für eine Wanne gewaschen wird — die neueren Häuser besitzen vielfach einen besonderen Waderaum — so haben die Bergleute den Mangel an Wasser auf den Kopf zu nehmen nicht so bitter empfunden wie ihre in der Regel weit beschränkter wohnenden Vergenossen in Deutschland. Wir müssen aber gestehen, es ist kein annäherndes Schauspiel, wenn man die Bergleute nach der Schicht über und über mit Kohlendust und Schmutz bepackt nach Hause wandern sieht. In dieser Beziehung sind wir in Deutschland dank der unermühten Agitation unseres Verbandes für Wäsche- und Badeanstalten doch weiter gekommen. Ob die betreffenden Kameraden sich geradezu „saubere“ fühlen in ihrem Dreck, wissen wir nicht, jedenfalls haben wir in Südwales nach hundertmaliger Wendung der Morgenschicht zahlreiche Vergleiche gemacht wie die Köhler vor ihren Haustüren sitzen! Das fiel uns um so mehr auf, weil die Hausfrauen augenscheinlich auf peinliche Sauberkeit in der Wohnung sehen. Die Zimmer sind sauber gehalten, proper und nett eingerichtet, manche „gute Stube“ besitzt eine Möbelausstattung — Piano oder automatische Spielwerke — genau für die Müßiggänger der Hausbewohner — wie wir sie in deutschen Bergarbeiterwohnungen noch nicht sahen. Natürlich gibt es auch hier wieder Unterschiede, komfortabel eingerichtete und ärmlischer ausgestattete, blühendere und vernachlässigte Wohnungen. Ein Wollhaar mit 40 bis 50 Mark Wochenverdienst kann sich besser einrichten als ein Arbeiter (Hilfsarbeiter) mit 27 bis 30 Mark wöchentlichem Verdienst; eine tüchtige Hausfrau wird mehr auf Hausordnung sehen wie eine gleichgültige. Aber alles in allem genommen müssen wir wahrheitsgemäß erklären, daß die Wohnungsverhältnisse der Bergleute in Monmouthshire und Südwales wie die in Durham erheblich bessere sind als die der Bergarbeiter Deutschlands!

Und nun die Mietpreise! Sie sind ziemlich einheitlich. In den neuen Häusern zahlen die Kameraden für fast immer sechs Zimmer sechs Mark pro Woche, in den älteren Häusern beträgt die Miete für fünf oder sechs Zimmer 4,50 oder 5 Mark pro Woche. Das macht für die sechsraumige Wohnung in einem neuen Haus monatlich 26 Mark oder 4,33 Mark pro Zimmer und monatlich Miete aus! Im Ruhrgebiet ist jetzt der übliche Mietpreis pro Zimmer 8 bis 10 Mark monatlich! Also wohnt die Bergarbeiterfamilie drüben besser und dabei um die Hälfte billiger!

Wir gehören nicht zu den Leuten, die alles ausländische dem Ausländer vorziehen. Manches haben wir und hören wir im Auslande, was wir als rückständig gegenüber den deutschen Verhältnissen verwerfen. Aber daß die Bergarbeiter speziell in den von uns zuletzt aufgeführten Distrikten Monmouthshire und Glamorgan (Südwales) sich einer bedeutend besseren Ernährung und Wohnungsverhältnisse erfreuen, das ist eine Tatsache, die wir selbst als Bergarbeiter in den deutschen Industriebezirken mit den höchsten Löhnen, das ist eine unbestreitbare Tatsache. Die britische Arbeiterfamilie leidet eben nicht wie die deutsche unter Hunger, Mangel an Brot- und Fleischverteilung durch Einfuhrzölle und Grenzsteuern.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Vermehrung des Proletariats.

Früher gehörte es zu den beliebtesten „Aufbaumitteln“. Die Lohnarbeiter einzustellen, sie hätten begründete Aussicht, sich zu selbstständigen Unternehmern emporzuarbeiten. Wie der erste Napoleon seine Soldaten begeisterte mit der Verheißung, jeder habe den Marschallstab im Tornister. Zweifellos waren ja auch vor einigen Jahren Lohnarbeiter auf eine selbständige Existenz ungleich besser als heute. Welche Entwicklung aber innerhalb der letzten Jahrzehnte in dem Verhältnis zwischen wirtschaftlich Selbständigen und der von ihnen abhängigen Bevölkerung vor sich ging, das haben die deutschen Gewerkschaften aufgezeigt. Danach beträgt in der Industrie die Zahl der

Jahr	Arbeiter	Angestellte	Handwerker
1889	2.801.000	29.000	4.008.000
1895	2.844.000	31.000	4.044.000
1900	2.889.000	34.000	4.089.000
1905	2.934.000	37.000	4.134.000
1910	2.979.000	40.000	4.179.000

Die Zahl der Lohnarbeiter ist stetig gewachsen, auch verhältnismäßig; auch die Angestellten (Beamte) haben sich enorm vermehrt, aber die Zahl der wirtschaftlich Selbständigen ist sowohl absolut wie verhältnismäßig ständig im Rückgang begriffen. Das Großunternehmertum verdrängt immer mehr kleine und mittlere selbständige Existenzen, das Milieu der Arbeiterklasse bekommt immer mehr Zuwachs. Diese Wirtschaftsentwicklung ist von ihren Nutzgebern die „Beste der Welten“ genannt.

Ein Eigentümertum des „Schulden“-Systems
Es ist besonders merkwürdig, dass auf die Spitze getrieben wird wie in Deutschland und Nordamerika, dass es die Bildung von „Kartellen“, „Trusts“, „Syndikaten“ und „Konzerne“ befördert. Statt den wirtschaftlich Schwächeren am meisten zu nützen, verstärken die Kartelle die Macht der Großgrundbesitzer und der Großindustriellen außerordentlich. Diese längst bekannte Tatsache wird in mancher Weise nochmals bestätigt durch ein Schreiben des Direktors einer großen schlesischen Maschinenfabrik an das Direktorium des Reichsverbandes der Industriellen. In diesem Schreiben heißt es:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller mit dem Bund der Landwirte, die wichtigsten Interessen vertritt, ist bekannt. Die hohen Zölle, die der verarbeitenden Industrie bei der Einführung des Auslandes unbedeutend notwendige Auslandsverkehr erschweren, sind eine Folge dieses Zusammenschlusses. In Syndikaten mit aller Macht der Wirtschaftlichkeit gegen die unter viel schlechteren Bedingungen im freien Wettbewerb um ihre Existenz ringenden verarbeitenden Industrie, Gang abgesehen von den hohen Zöllen, die von diesen Syndikaten diktiert werden, sind es besonders die Zahlungsbedingungen: 14 Tage oder längstens 4 Wochen nach Empfang der Ware netto Kasse ohne jeden Abzug, die man gegenüber der heutigen allgemeinen Lage der Industrie als zülfisch los bezeichnen muß. Wünsche begünstigung der Industrie in besonders eiligen Fällen werden kaum berücksichtigt, sondern alle Lieferungen nach Schema T behandelt, wie es sich eine Firma der verarbeitenden Industrie ihrer Konkurrenz gegenüber niemals erlauben dürfte. Aufträge erfüllt die Schwerindustrie nicht in großem Umfang, sie baut sich vielmehr meist selbst ihre Maschinen, Eisenkonstruktionen usw. in eigenen Maschinenfabriken, spart dadurch den Aufschlag des Zwischenhändlers und ruiniert so vielfach ganze Abteilungen mancher Maschinenfabriken. Die Praxis beweist dies gerade in unserer Gegend in verschiedenen Fällen. Wir glauben auch bestimmt, daß der Bund der Industriellen und der Handarbeit zwei Institutionen sind, durch die es gelingen wird und muß, Einfluß auf die Parlamente durch Entsendung von Vertretern der Industrie aus allen Zweigen zu gewinnen, nicht nur derjenigen der Schwerindustrie, in Verbindung mit den Großgrundbesitzern.“

Die Herrschaft der großindustriellen Syndikate, die Hauptstütze des verarbeitenden Schmarhantentums, wird also gerade gestützt durch unser Zollsystem. Daß die Syndikatswirtschaft sich zumeist gegen die Interessen der wirtschaftlich Schwächeren richtet, berichtet z. B. die „Allgemeine Arbeiter-Zeitung“ immerfort. Trotzdem hält gerade das Zentrum an der Zollerei fest und die ihm ergebenden „christlich-nationalen Arbeitervertreter“ machen ihren Gläubigen weiß, an dem „nationalen“ Zollsystem dürfe nicht gerüttelt werden.

Soziale Rechtspflege und Arbeiter-Versicherung.

Zur Entwicklung der Invalidenversicherung.

Das Reichsversicherungsamt hat soeben das genaue Ergebnis der Abrechnung der Invalidenversicherungsgeschäfte im Jahre 1910 veröffentlicht. Danach sind in dem Jahre auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes gezahlt worden:

Invalidenrenten	145 702 088,12 M.
Altenrenten	8 890 872,01 „
Waisenrenten	18 029 650,20 „
Beitragsrückstellungen	9 483 071,89 „
Zusammen	173 599 027,86 M.

Diese Aufwendungen sind aber nicht sämtlich aus Mitteln der Invalidenversicherung gemacht worden, sondern es ist der Reichszuschuß (zu jeder Rente bekanntlich 50 M. jährlich) im Gesamtbetrag von 52 588 034 M. eingerechnet.

Die Zunahme der Entschädigungen aus der Invalidenversicherung ist in den letzten Jahren nur eine mäßige gewesen. Es wurden aufgewandt in Millionen Mark:

Jahr	Invalidenrenten	Altenrenten	Waisenrenten	Beitragsrückstellungen	Zusammen
1900	53,6	0,6	26,2	8,6	87,1
1903	92,8	2,2	22,1	7,6	124,4
1906	114,3	3,1	19,4	8,2	145,2
1907	128,7	3,5	17,3	8,0	156,5
1910	139,3	3,4	15,5	9,4	167,8

Man sieht, daß eine Steigerung nur die Invalidenrentenzahlungen gefunden haben. Sie hat aber in den letzten Jahren mit der Vermehrung der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten. Die Zahlungen an Altersrenten sind erheblich zurückgegangen.

Wie sich die Aufwendungen für die einzelnen Unterstützungsarten im Laufe der Jahre verhalten haben, zeigt folgende Zusammenstellung. Es entfielen von 10 000 M. reichsgesetzlichen Zahlungen auf:

Jahr	Invalidenrenten	Altenrenten	Waisenrenten	Beitragsrückstellungen	Zusammen
1900	6152	75	3012	781	781
1902	7075	183	2117	645	645
1904	7703	193	1526	578	578
1906	7988	240	1212	560	560
1908	8207	210	1010	573	573
1910	8393	195	866	546	546

Der Beitrag des Reiches zu den einzelnen Rentenzahlungen ist im Laufe der Jahre immer geringer geworden. Von 1000 M. Rentenzahlungen entfielen auf das Reich im Jahre 1900 durchschnittlich 33 M., im Jahre 1910 aber nur 32 M. Noch deutlicher tritt der Rückgang in der Erziehung, wenn man die Kapitalwerte der Rente betrachtet. Von einem Kapitalwert von 1000 M. entfallen auf das Reich im Jahre 1900 durchschnittlich 350 M., im Jahre 1910 aber nur noch 284 M. Das hat seinen Grund in folgendem Umstand. Die Renten werden zu a berechnet aus der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge. Je länger das Gesetz ist, um so größer ist die Zahl der Wochen, welche die einzelnen Arbeiternehmer nachweisen können und um so mehr steigt der Durchschnittsbetrag der Rente. Der Reichszuschuß bleibt aber immer bei 50 M. für jede Rente, so daß er einen immer geringer werdenden Teil der Rente bildet.

Die Reichsrentenanstalt belief sich im Jahre 1910 bei allen Rekruten der Invalidenversicherung auf 197 325 508 M., das sind 8 868 665 M. mehr als im Jahre 1900. Diese erhebliche Steigerung der Einnahme ist auf die Beteiligung der wirtschaftlichen Konjunktur zurückzuführen, die eine größere Zahl Versicherter brachte.

Das Vermögen der Versicherungsträger hat sich stetig entwickelt. Während dasselbe im Jahre 1900 zusammen 845 Millionen Mark betrug, betrug es am Ende des Jahres 1910 auf 1630 Millionen Mark. Die Reichsversicherungsordnung bringt eine gründliche Umgestaltung der Invalidenversicherungsgeschäfte.

Ein Vorkriegsbericht des Zentrums.

Unter dieser Überschrift bringt das demokratische Wochenblatt „Der freie Volk“ vom 28. August, Herausgeber Dr. Rudolf Breitscheid, folgenden Artikel von Hugo Hoff, der wir den Vergnügungsspenden zu eingehendem Studium empfehlen:

Im Düsselbacher Vorspiele und im allgemeinen Kampfe um die Reichsversicherungsordnung wird das Zentrum sicher nicht verfehlen, die Reichsversicherungsordnung und daraus das Zentrum der Invalidenversicherung paradiesisch zu lassen, als Beweis, daß die Partei für Arbeit und Recht der Klasse der arbeitenden Klasse nicht nur ungerechte Steuern, sondern auch soziale Wohltaten zu bringen weiß.

und daß es im „Gesamtinteresse“ notwendige Schädigungen der Arbeiter und Angestellten durch Sozialpolitik auszugleichen versteht. Wenn das auch ein Widerspruch in sich ist, so pflegt er doch immer noch zu versichern und manchen über die unsoziale Wirtschaftspolitik des Zentrums mit Recht empörten Arbeiter wieder unter die Zeitung des Zentrums zurückzubringen. Und wenn auch die Hinterbliebenenversicherung bitter enttäuscht hat, so gilt sie doch als ein Anfang; sie hat als Schild für manchen anderen Fehler der Reichsversicherungsordnung gebildet und bildet ein Paradebild des Zentrums seit 1902.

Deswegen muß die Wahrheit über diese soziale Tat etwas deutlicher gesagt werden, als das bisher geschehen ist. Dem Zentrum muß gerade bei dieser Gelegenheit die volkreundliche Maske völlig abgerissen und seine Unehrlichkeit aufgedeckt werden. Denn die Hinterbliebenenversicherung ist in sich für das Zentrum; sie ist ein Vorkriegsbeitrag in höchster Notwendigkeit und dessen Weigerung ist um so notwendiger, weil er an den Namen des Abgeordneten Trimborn geknüpft ist, der auch vielen Gegnern als ein ehrlicher Freund sozialer Fortschritts galt; und weil im Jahre 1902 für die lex Trimborn auch die Sozialdemokraten gestimmt und damit dem Zentrum die Annahme des Sozialtarifs erleichtert haben.

1902 ist das Gesetz über eine Hinterbliebenenversicherung verabschiedet worden; 1912 tritt es in Kraft. Ein volles Jahrzehnt hat die Verwirklichung gedauert. Und was jetzt geboten wird, ist nichts, ja weniger als nichts! Die Behauptung, daß die Reichsversicherungsordnung das Versprechen des Sozialtarifs einlöse, ist reiner Schwundel.

Dreimal bezahlt hat das arbeitende Volk die angeblichen Kosten der Hinterbliebenenversicherung und trotzdem bestimmt es in den Jahren 1912 bis 1917 nichts und in den folgenden Jahren höchstens ein Viertel des 1902 Versprochenen.

Dreimal bezahlt!

1. Die Hinterbliebenenversicherung sollte eine kleine Entschädigung der verstorbenen Vorgesetzten für die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zölle sein. Wenn auch nur ein Zehntel der Verteuerung wieder vergütet werden sollte — man sprach von 90 M. Witwenrente aus den Zollerträgen. Die Zölle sind seit sechs Jahren vierfach; aber in den Witwenfonds ist fast nichts geflossen; denn die höheren Getreidezollerträge sind in Gestalt von Exportprämien (Einfuhrschneisen) den Agrariern wieder zugeflossen, damit sie das deutsche Getreide billig auf den Weltmarkt werfen und im Inlande den Preis hochhalten können. Also doppelt hohe Zollbelastung und keine Rente!

2. Bei der letzten Finanzreform hat man die durch den Zoll nicht gedeckten Reichszuschüsse zur Hinterbliebenenversicherung durch neue Steuern noch einmal gedeckt. Wieder durch ungerechte Konsumsteuern, welche die Preise treiben und die Lebenshaltung verteuern mußten. Und zwar weit über den Reinertrag von 500 Millionen hinaus! Gleichzeitig wurde die Hinterbliebenenversicherung, die nach dem Gesetze von 1902 spätestens 1910 in Kraft treten mußte, hinausgeschoben. Also wiederum neue Steuern und keine Rente!

3. Und als nun die Reichsversicherungsordnung kommt, da bringt sie trotzdem die Witwenversicherung nicht auf Reichszuschüsse, sondern größtenteils auf Kosten der Arbeiter, die durch eine Beitragsverhöhung bis zu 10 Pf. wöchentlich nun zum dritten Male bezahlen müssen.

Dreimal verfürzt!

1. Als man den Zollertrag bemängeln mußte, sprach man von einer Versicherung aller Witwen; jetzt erhält nur jede siebente Witwe eine Rente, nämlich die erwerbsunfähige.

2. Die Versicherung aus den Zollerträgen schrumpfte zusammen zu einem Reichszuschuß von 50 M. jährlich für die Witwe und 25 M. für ein Kind.

3. Nicht 1906 mit den neuen Zöllen beginnt die Versorgung; nicht 1900 mit den neuen Steuern; nicht 1910 mit dem gesetzlich festgelegten Termine, sondern 1912. Aber wie? Ohne jede rückwirkende Kraft!

Die Hinterbliebenen derjenigen Versicherten, die bis zum 31. Dezember 1911 sterben, erhalten keine Rente! Die Hinterbliebenen derjenigen Versicherten, die bis zum 31. Dezember 1911 inaktiv werden, erhalten nach deren künftigen Tode keine Rente!

Und die übrigen erhalten ihre Rente so, als ob die Invalidenversicherung erst 1912 angefangen hätte. Allerdings für die Berechnung der Wartzeit und des Grundbetrags der Invalidenrente, nach der sich in die Witwen- und Waisenrente richtet, muß man die Zeit vor 1912 berücksichtigen; aber Steigerungssätze werden nur soweit berechnet, als Renten seit 1912 geleistet sind. Das heißt, wenn in den nächsten Jahren ein Arbeiter oder Angestellter stirbt, der schon lange versichert ist, so erhalten seine Hinterbliebenen nur etwa die Hälfte der berechneten Rente, die im Gesetze festgelegt sind. Und noch im Jahre 1950, vielleicht noch 1960 werden Witwen und Waisen verhältnismäßig vor der Zeitlage stehen, daß ihre Renten niedriger sind, als im Gesetze von 1911 zu lesen ist.

Dreifach betrogen!

Wäre diese Sache nicht so bitter ernst, so müßte man lachen bei dem Gedanken, daß noch eine Steigerung der Ungerechtigkeit möglich sein soll. Und doch ist sie Tatsache. Die Reichsversicherungsordnung, die den Sozialtarif von 1902 Lügen straft, bringt zugleich die Abschaffung der sogenannten Beitragsrückstellungen, das heißt die Rückzahlung der halben Beiträge an weibliche Versicherte, die durch Heirat aus dem Verzuge ausscheiden und an Hinterbliebenen derjenigen Versicherten, die sterben, ohne eine Rente bezogen zu haben. Diese Verfürzung tritt sofort voll in Kraft! Sie trifft alle Ehefrauen und Hinterbliebenen, während nur die invaliden Witwen eine Rente erhalten sollen.

Die Beitragsrückstellungen machen jetzt 10 Millionen Mark jährlich und wären künftig noch beträchtlich gestiegen. In den nächsten Jahren wird also den Hinterbliebenen durch die Reichsversicherungsordnung überhaupt nichts gegeben, sondern etwas genommen!

Dafür mußten die Arbeiter und Angestellten die hohen Zölle und die ungerechten Steuern auf sich nehmen, damit ihnen auch noch die Renten verfürzt und vielleicht in 50 Jahren ihren Hinterbliebenen die berechneten Renten der Reichsversicherungsordnung voll zuteil würden! So steht der „Familienstamm“ des Zentrums aus, wenn es sich nicht um die Freihaltung der Wägen von einer gerechten Erbschaftsteuer, sondern um die Einlösung eines Versprechens an die Verstorbenen handelt. Mit der Hinterbliebenenversicherung hat das Zentrum wohl alles überboten, was es bisher an Verhöhung seiner jährlichen Beiträge, an Spekulation auf die Leichtgläubigkeit seiner Anhänger gemacht hat. Mögen dadurch endlich den Betrogenen die Augen geöffnet werden!

Wort für Wort können wir diese Ausführungen unterstreichen. Für Johann Effert, dem Generalbandschmied in allen Gassen, der als Politiker für alle Gewerkschaften gegen das verhängnisvolle Knappschäffergesetz von 1906 ist, der zu gleicher Zeit die Kriegstrompete und die Friedensschalmei bläsen und nicht nur rechts und links reden, sondern auch rechts und links schreiben kann, und der jetzt die Zahlen-schwänkelein im „Vergnügen“ über die Reichsversicherungsordnung verbreitet, würden sich vorstehende Darlegungen zu eingehendem Studium empfehlen. Also Hans, setz dich auf Deinen Hosenboden, studiere und werde ehrlich und dann schreibe weiter über die Reichsversicherungsordnung.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

„Sie thronen an goldenen Fischen“

die sie sich, nämlich die Industriemagnaten, von den den Arbeitern zu wenig gezahlten Löhnen errichteten. Eine vorausgesetzte Reichumsfülle geht auf die Industriefische herüber. Jetzt liegt die amtliche Bearbeitung der Ergebnisse der Aktienvereinsstatistik in Preußen für das Geschäftsjahr 1909/10 vor. Wir entnehmen derselben die folgenden interessanten Angaben:

Jahr	Zahl der Aktien-gesellschaften	Gesamtes Aktienkapital (in Millionen Mark)	Gesamte Erträge (in Millionen Mark)	Schulden (in Millionen Mark)	Dividenden (in 1000 Mark)	Prozent
1907/08	2521	8030	1514	2470	656 788	8,3
1908/09	2539	8270	1618	2662	614 190	7,6
1909/10	2553	8645	1717	2877	667 888	7,9

Zwar hat die letzte Durchschnittsbildende den Satz des Konjunkturjahres 1907/08 noch nicht wieder erreicht, aber sie ist wieder nahe an die damals erlebte Glanzhöhe herangekommen und die Gesamtsumme der Dividenden ist im letzten Jahre größer als vor zwei Jahren. Gegen das Vorjahr ist sie gar um fast 54 Millionen Mark gestiegen. Trotzdem jammert das Unternehmertum über zu hohe Produktionskosten und es behauptet, es müsse jede Verhandlung mit den Arbeitern ablehnen, um ruinöse Lohnforderungen abzuwehren. Die Dividendenstatistik beweist, daß der Kampf gegen die Arbeiter der Ausfluß reiner Hebermuth ist.

Die Krise im rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie

ist durchaus nicht beendet, vielmehr sind sich die Herren noch immer nicht einig über die neue Syndikatsorganisation. Die Interessengruppen zwischen den „reinen“ Kohlenzweigen und den „Süßwasserzweigen“ sind so kritischer Natur, daß sich sogar die paar Duhnen Bedenken nicht einmal darüber einigen können. Schwere Sorgen macht den Syndikatsherren die starke Entwicklung der freien (nicht dem Syndikat angehörenden) Zechen. Die in solchen Fragen oft gut unterrichtete „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber:

Man versteht sich auch nicht die außerordentlichen Schwierigkeiten, die daraus der Erneuerung des Kohlenhandels erwachsen und versteht es, wenn dieses immer wieder bestritten ist, die Außenseiter herüberzuholen. Die nachfolgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung der Förderung der Syndikatszweigen und der freien Zechen in den letzten sieben Kalenderjahren und zugleich das Verhältnis der beiden Gruppen zu einander. Wie ersichtlich, hat namentlich in den zwei letzten Jahren die Förderung der freien Zechen schnelle Fortschritte gemacht.

(in 1000 Tonnen)	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Syndikatszweigen	67 250	68 883	70 631	80 156	81 921	80 828	83 629
Freie Zechen	1 205	1 324	1 649	2 108	3 047	4 195	5 499

desgl. in %, der Syndikatsföhrd. 1,70 2,02 2,15 2,62 3,71 5,18 6,58

Nun veröffentlicht die „Kölnische Zeitung“ eine entsprechende Zusammenstellung für die ersten Halbjahre 1909, 1910 und 1911. Sie zeigt, daß die Förderung der freien Zechen in diesen drei Halbjahren mit 1 833 087 Tonnen auf 2 524 688 T. und nunmehr auf 2 087 008 T. gestiegen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Zechen Johannes-legen mit Wirkung ab 1. April d. J. in das Kohlenhandelsat aufgenommene worden ist und daß von ihrer Förderung im ersten Halbjahre von 85 703 T. insgesamt 83 040 T. bereits in den Syndikatsziffern ausgewiesen sind. Weit mehr als die Hälfte der Förderung der freien Zechen entfällt auf die städtischen Gruben, die in den drei ersten Halbjahren 1909 bis 1911 ihre Produktion von 798 080 auf 1 070 284 und 1 832 012 T. steigerten. Der nächstgrößte Außenseiter ist die Zeche Eschweiler-Grube mit 165 780 bzw. 315 870 und 351 332 T. Danach folgen Auguste Viktoria mit 208 488, 250 181, 268 501 T., die die Westfälischen Gruben mit 159 028, 179 580 und 217 207 T., die in rauchem Wiederaufschwung begriffene Zeche Haderb mit 179, 248 478 und 190 287 T., Zeche Wälder mit 69 080, 110 110 und 147 832 T., dann Freie Vögel und Linderhof mit 121 920, 129 108 und 127 038 T. usw. Die Zeche Lukas der Eschberger Grube, die jetzt bekanntlich stillgelegt wird, förderte in den entsprechenden Halbjahren 8852, 38 900 und 77 980 T. Insgesamt zeigt die Förderung aller Syndikatsfreien Zechen gegen die erste Hälfte des Vorjahres eine Steigerung um 22,8 Prozent, diejenige der städtischen Zechen allein sogar eine solche um 24,6 Prozent. Verglichen mit der Syndikatsförderung ergibt sich für die ersten Hälften der letzten drei Jahre folgendes:

(in Tonnen) je erstes Halbjahr 1909	1910	1911	
Syndikatsförderung .	80 072 107	40 449 885	42 859 888
Freie Zechen	1 893 807	2 524 688	2 087 008
desgleichen in Prozent d. Syndikatsförderung	4,00	6,24	7,21

desgleichen in Prozent d. Syndikatsförderung 4,60 6,24 7,21

Der Prozentfuß von 7,21 Prozent bedeutet nicht nur im Vergleich mit der entsprechenden Hälfte des Vorjahres, sondern auch mit dem Ergebnis des ganzen Jahres 1910 eine beträchtliche weitere Zunahme. Für die zweite Hälfte 1911 ist nach dem genannten Blatte eine weitere Erigerung dieses Verhältnisses zu Ungunsten des Syndikats zu erwarten.

Der Eisenerzbergbau Deutschlands

beschränkt sich in der Hauptsache auf Lothringen, das Siegerland und das Nassauer Revier. Alle anderen Eisenerzförderstätten Deutschlands treten an Bedeutung hinter den genannten weit zurück. Vor allen Dingen liefert Lothringen neben den benachbarten französischen und luxemburgischen Erzküpfen der deutschen Eisen- und Stahlindustrie ihren wichtigsten Rohstoff. Im Jahre 1910 betrug die lothringische Eisenerzförderung nach den Mitteilungen der Werksbesitzervereinigung 10 633 088 Tonnen, weil also gegenüber der vorjährigen, die mit 14 442 911 T. die bisher höchste des Jahres 1907 bereits um 207 Prozent übertraf, eine weitere Steigerung von 2 111 057 T. = 14,62 Prozent auf, so daß das Ergebnis als ein sehr günstiges bezeichnet werden kann. Die Förderung Luxemburgs hat um 8,11 Prozent gegen das Jahr 1909 zugenommen und belief sich auf 6 264 000 T., so daß die lothringisch-luxemburgische Eisenerzförderung zusammen 22 917 968 T. betragen hat. Da die Erzförderung des gesamten deutschen Erzgebietes 1910: 28 709 654 T. ausmachte, war Lothringen-Luxemburg daran mit 80 Prozent beteiligt. Inzwischen ist zu berücksichtigen, daß die Mineette nur bis etwa 88 Prozent Eisengehalt besitzt, so daß die Beteiligung an der Gesamtförderung Deutschlands dem Gehalt und Werte nach auf nur 60 bis 65 Prozent zu veranschlagen ist.

Der Verband dieser Erze verteilte sich auf folgende Gebiete: Lothringen-Luxemburg 13 668 600 T. = 59,76 Prozent, Saar 2 959 346 T. = 13,03 Prozent, Niederrheinland und Westfalen 3 888 681 T. = 14,02 Prozent, Frankreich 989 400 = 4,27 Prozent, Belgien 1 822 154 T. = 8,03 Prozent.

Gegenüber den vorangegangenen Jahren hat von der Produktion Deutsch-Lothringens der im Lande verbrauchte Teil, wie auch die Ausfuhr nach Rheinland-Westfalen und nach Frankreich zugenommen, dagegen sind die Bezüge des Saargebietes und Belgiens zurückgegangen. Die luxemburgischen Erze sind im eigenen Lande stärker verbraucht, der Verband hat nach der Saar und dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zugenommen, während die Ausfuhr nach Frankreich und Belgien im Rückgang begriffen ist.

Die Eisenerzförderung in den Lothring- und benachbarten Revieren hat im Jahre 1910 folgendes Ergebnis gehabt:

	Menge	Wert M.	Wert p. T. M.
Lothringenstein	725 514 T.	7 281 520	10,04
Bräunstein	585 449 T.	4 545 163	8,04
Spateisenstein	9 545 T.	38 527	

Die Erzförderung gegen das Vorjahr belief sich auf 134 618 T. Der Verband der Erze nach den Gütenwerten betrug in Prozenten des Gesamtverbandes: innerhalb des Reviers 28,35, des Siegerlandes 19,50, des Mittelrheins 3,11, Niederrheinland und Westfalen 26,58, Saar, Lothringen, Luxemburg 4,77, andere Bezirke 0,20, Oberlothring 19,60 Prozent. Die nicht unerheblichen Mengen, die nach Oberlothring verfrachtet werden, sind zum allergrößten Teil für das rheinisch-westfälische Industriegebiet bestimmt, zu einem andern Teil gehen sie zu den Werken am Mittelrhein.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die christlichen Tabakarbeiter zwischen zwei Mühlsteinen.

Als die christlichen Metallarbeiter in ihrer guten Zeit um 1901 gegen die Sozialpolitik des Zentrums opponierten, prägte ihr Organ das Wort von den zwei Mühlsteinen, zwischen denen die Arbeiter gerrieben würden; auf der einen Seite Lohnabzug durch die Industriellen, auf der anderen Seite Verteuerung der Lebensmittel.

Das damals für die christlichen Arbeiter galt, mühte heute für sie noch weit mehr auslaggebend sein, denn zu der Verteuerung durch den Wuchertarif ist noch die Belastung von 1909 gekommen, die Preise der Lebensmittel sind weit mehr gestiegen, als das die christlichen Arbeiter 1901 gekannt haben. Insbesondere die Tabakarbeiter haben bitter leiden müssen unter der Politik des schwarzblauen Wochs; 50 000 ihrer Kollegen waren infolge der Tabaksteuererhöhung länger oder kürzer arbeitslos. Daß die Arbeiter danach streben, ihre erbärmlichen Löhne aufzubessern, ist selbstverständlich. Die Antwort der frommen Tabakfabrikanten auf Niederrhein auf solches Verlangen war die Aussperrung!

Der Zentrumspreffe kommt die Aussperrung vor der Wahl gar nicht gelegen. Sind es doch durchweg Parteifreunde, die Parteifreunde auf die Straße werfen. Die Zentrumspreffe darf es aber mit keiner von beiden Parteien verwechseln und so sind ihre Betrachtungen zu der Aussperrung ein verlegenes Hin und Her. Die „Erfener Volkszeitung“ schreibt dazu:

Die Lage der Tabakarbeiter ist anerkanntermaßen seit der Finanzreform keine beneidenswerte. Soweit es sich übersehen läßt, haben die Fabrikanten durch anderweitige Arrangements ihrer gängigsten Sorten längst das Publikum zum Träger der neuen Steuer gemacht. Wir können dafür genügend Beispiele anführen. Man hat die beliebtesten Zigarren ein wenig kleiner gemacht, wie z. B. Kaiser & Wolf seine vielgefragte Rara avis für 10 Pf., während die gleiche Marke in der alten Größe heute 12 Pf. kostet, also um 20 Prozent teurer geworden ist. In ähnlicher Weise haben

Die Fabrikanten schloß zu halten geküßt; man darf also getrost sagen, daß sie die neue Steuer in keiner Weise belastet. Wohl aber haben die Arbeiter namentlich in der Zeit des Überflusses erhebliche Verluste erlitten und unter dem allgemeinen Druck, der auf der Tabakindustrie lastete, war an eine Verbesserung der Lage nicht zu denken. Wenn nun Tabakarbeiter mit Wühlfischen nach Aufbesserung ihrer Einkünfte kommen, so dürfte wohl eine sorgfältige Prüfung solcher Wünsche am Platze sein, und es erscheint bedenklich, sie durch eine Ausperrung, einmal des friedlichen Teiles der Arbeiter, zu beantworten.

Für die „bedenklichen“ Erregungen der Zentrumspresse können sich die christlichen Tabakarbeiter nichts kaufen. Wenn ihnen die eigene Kraft und die beschlossene Hilfe der freigeordneten Arbeiter nicht den Sieg bringt, können sie der ultramontanen Steuerpolitik und dem christlichen Scharfmerger für ihr Elend Dank sagen!

Die katholischen Gesellenvereine

berücksichtigen ihre Statistik pro 1910. Seit der letzten statistischen Aufnahme am Schlusse des Jahres 1908 stieg die Zahl der katholischen Gesellenvereine von 1182 auf 1221; in deutschen Reich von 870 auf 921. Es wurden demnach in den letzten zwei Jahren im deutschen Reich 51 neue Gesellenvereine gegründet, während im Ausland neben Neugründungen auch einzelne Auflösungen und Umwandlungen in andere Organisationen zu verzeichnen waren. Die Zahl der aktiven Mitglieder vermehrte sich von 78 508 auf 70 341, die der Ehrenmitglieder von 120 440 auf 181 624. Im deutschen Reich stieg die Zahl der aktiven Mitglieder von 68 878 auf 60 742, die der Ehrenmitglieder von 100 605 auf 108 585 an. Insgesamt sind demnach gegenwärtig im Verband katholischer Gesellenvereine 1221 Vereine mit 70 341 aktiven Mitgliedern und 181 624 Ehrenmitgliedern vereinigt, so daß also die katholischen Gesellenvereine in beiden Mittelgruppen 210 000 Mitglieder umfassen.

Die Vereine betheiligen sich wie folgt:

Land	Zahl der Vereine	Zahl der aktiven Mitglieder	Zahl der Ehren-Mitglieder
Preußen	548	40 705	67 807
Bayern	282	12 258	24 524
Wien	64	8 180	6 085
Württemberg	52	8 180	8 394
Sachsen	9	620	554
Schlesien	7	567	1 074
Ost- und Westpreußen	9	289	198
Deutsches Reich zus.	921	60 742	108 585
Österreich	168	8 218	8 252
Ungarn	77	5 000	10 000
Schweiz	34	2 011	2 035
Niederlande	7	200	1 000
Nordamerika	7	480	380
Belgien	3	181	230
Italien	2	20	—
Luxemburg	1	310	110
Frankreich	1	115	4
England	1	85	84
Schweden	1	40	19
Zusammen	1221	70 341	181 624

„Ehrenmitglieder“ sind in den Gesellenvereinen die über 65 Jahre alten, die verheirateten Gesellen und die Meister gewordenen Gesellen. Die eigentlichen Mitglieder haben recht wenig zu sagen, sie haben nicht einmal in die Verwaltung der Gesellenhäuser hineinzukommen, dies besorgt für sie der aus „katholischen Notabeln“ bestehende „Schuhvorstand“. Der Präses des Lokals ist stets ein Geistlicher, die Zentral- und Distriktspräses werden vom Bischof, der Generalpräses (der Leiter der Gesamtverbände) vom Kölner Erzbischof ernannt. So ist dafür gesorgt, daß die Vereine keine Zuchtschulen für das Zentrum bleiben. Heute würde es einem Weber nicht mehr so im Gesellenverein gefallen, wie es vor einem halben Jahrhundert in Gelsenkirchen der Fall war.

Die Gesellenhäuser, deren Zahl von 1908—1910 von 858 auf 406 gestiegen ist, werden immer mehr als Lebens- und Sammelplatz für die ultramontane Jugend aufgebaut.

Von den Gelben.

In Dresden fand eine Tagung des Hauptauschusses der nationalen Arbeiterverbände (die erste nach der Magdeburger Konferenz im vorigen Jahre) statt. Es sollten acht Verbände mit 130 000 Mitgliedern eingeladen gewesen sein, wie die „Wehr“ berichtet, die sich indes wohlweislich hütete, nähere Einzelangaben der vertretenen Vereine zu bringen. Nach dem „Staatsbürger Jahrbuch für das Deutsche Reich“ gab es im Jahre 1910 überhaupt nur 79 991 Mitglieder gelber Arbeitervereine aller Richtungen, so daß die Angabe der „Wehr“ den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn trägt. Nach dem Bericht des Stempelorgans soll die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände um rund 20 000 zugenommen haben. Neu aufgenommen sei der Bund der Handwerker der Kaiserlich-königlichen technischen Institute mit 3000 Mitgliedern und der Bund der Heilfahrgesellen Brandenburgs (Witwenvereine) mit 2000 Mitgliedern. Nach den Unterforschungen eines an den Kaiser abgesandten Telegramms waren vertreten: der Bund deutscher Werkvereine, der Bund vaterländischer Werkvereine, der nationale Arbeiterbund für das Königreich Sachsen, der Bund der Vätergesellen Deutschlands, das deutsche Arbeiterkartell Interelle, der Zentralverband sächsischer Berufsvereine Deutschlands, der Brandenburgische Heilfahrgesellenbund und der Bund der Handwerker f. t. technischen Institute Deutschlands. Beim Geschäftsbericht wurde bemängelt, daß die Verhältnisse betr. Eingaben wegen der Finanznot nicht ausgeführt worden seien. Der Vorsitzende erwiderte, daß diese Eingabe durch den Rückgang der Wirtschaft (1) gegenstandslos geworden sei. Einzigstlich der Stellungnahme der Presse und politischen Parteien zur nationalen Arbeiterbewegung wurde beschlossen, deren Verhalten weiter zu beobachten und das Material dem Hauptauschuss zu überreichen. Der letztere wurde beauftragt, mit den „führenden Personen der Presse und politischen Parteien“ Fühlung zu nehmen, um ein besseres Verhältnis anzubahnen. Auch die Stellungnahme der konfessionellen Arbeitervereine zur nationalen Arbeiterbewegung soll genau verfolgt und über die Beobachtungen dem Hauptauschuss berichtet werden. Es wurde über das Verhalten dieser Vereine bittere Klage geführt und ein scharfer Kampf gegen solche gegenwärtigen Organisationen gefordert. Man beschloß indes, es zunächst einmal mit der friedlichen Verständigung zu versuchen. Mehrere Anträge betr. Übertritt von Mitgliedern aus einem angeschlossenen Verein in den andern wurden dem Hauptauschuss als Material überreicht. Beschlossen wurde die Gründung einer nationalen Zeitungs-Korrespondenz. Es soll ferner eine Liste der angeschlossenen Vereine und ihrer Arbeitsnachweise und ein nationaler Arbeiterkalender herausgegeben werden. Nach einem Vortrag Wischniowski über die Arbeiterbewegung in Hamburg, Berlin, Dresden, Danzig usw. wurde eine Entschließung über den derzeitigen Stand der nationalen Arbeiterbewegung angenommen und eine Verankerung mit der Sammlung von Materialien und Ausarbeitung von Vorschlägen hierzu beauftragt. Im Oktober soll in Berlin eine größere Versammlung einberufen und hierzu Vertreter der Regierungen, Parlamente, Industriellen und Presse eingeladen werden, um Aufklärung über die Ziele der „nationalen, wirtschaftsfreudlichen Arbeiterbewegung“ zu geben. Der Hauptauschuss wurde beauftragt, eine Satzung auszuarbeiten und einen Haushaltsplan aufzustellen. Dieser Tagung ging die erste Hauptversammlung des Bundes deutscher Werkvereine voraus, auf der 66 620 Mitglieder durch 155 Delegierte (nach einem Bericht der „Wehr“) vertreten gewesen sein sollen. Der „Bund“ zählt der „Wehr“ zufolge 70 Vereine mit 66 620 Mitgliedern; dazu behauptet das Blatt, daß noch zahlreiche Werkvereine mit weiteren 16 000 Mitgliedern zu gewinnen seien. Beschlossen wurde die Einführung einer gemeinsamen Ausweiskarte für alle Mitglieder, die planmäßige Gewinnung der Jugend für die Werkvereine durch Gründung von Jugendabteilungen und Schaffung einer Jugendzeitung und die Gründung einer Tageszeitung. Ueber die Stellungnahme zu den politischen Parteien kam es wegen eines gegen das Zentrum gerichteten Antrages zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Vorsitzende betonte, man solle jedem Verein seine Freiheit lassen, nur mit der Sozialdemokratie habe man Grundfalsch getrieben. Beschlossen wurde, die Stellung der Parteien zu beobachten und dem Hauptauschuss zu berichten. Am 14. Juli 1910 schrieb das nationalistische „Reich“ über die gelbe Bewegung: „Die gelbe Bewegung stagniert trotz der sehr reichlichen Zufüsse, die die Großindustriellen dafür ausgeben, und gegen die Sozialdemokratie keine Personengrenzen errichtet, sondern Wärmegewissen haben, die dabei laufen, wo ihnen der meiste materielle Vorteil winkt.“ Wir haben dieser Charakteristik nichts hinzuzufügen!

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Umsätze der Großverbraucher-Genossenschaft deutscher Konsumvereine im ersten Halbjahre 1911.

Die Großverbraucher-Genossenschaft der ersten Halbjahre 1911 wiederum einen sehr erheblichen Mehrumsatz gegen den entsprechenden Zeitraum 1910. In der Warenabteilung wurden im zweiten Vierteljahr dieses Jahres 22 1/2 Millionen Mark umgesetzt, gegen knapp 18 1/2 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1910. Da auch im ersten Vierteljahr die Umsatzerhöhung ähnlich war, betrug allein in dieser Abteilung für das erste Halbjahr 1911 die Umsatzerhöhung über 3 Millionen Mark. Ähnlich gute Ergebnisse wurden in der Eigenproduktion erzielt. Die Zigarrenfabriken lieferten im zweiten Vierteljahr für 100 000 Mark und im ersten und zweiten Vierteljahr für 201 000 Mark mehr als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Auch die Seifenfabrik in bekanntlich ein derartiger Vergleich noch nicht möglich, da sie erst Mitte 1910 die Produktion begonnen hat. Die Zahlen verweisen jedoch auch hier auf den besten Fortschritt, da sowohl im ersten als im zweiten Vierteljahr dieses Jahres ein Umsatz von über 1 Million Mark erzielt wurde, während in den sechs Monaten 1910 der Umsatz nur 1,7 Millionen Mark betrug. Auch die Warenabteilung erzielte weitere Umsatzerhöhungen. Für das erste Halbjahr 1911 betrug hier die Steigerung im Betrag 13 1/2 Millionen Mark und im Kredit gar nahezu 14 Millionen Mark, so daß sich der Gesamtumsatz von 38,9 und 41,2 Millionen Mark ergab. Wenn die zweite Hälfte des laufenden Jahres ähnliche Ergebnisse bringt, dürfte wir sicher sein, daß die Warenabteilung der Großverbraucher-Genossenschaft in diesem Jahre die 100 Millionen Mark Umsatz überschreitet.

Trust und Konsumvereine.

In Nr. 34 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ teilt Dr. Ludwig Knecht aus einem Buch von Macrosky: Das Trustwesen in der britischen Industrie, interessante Beispiele über den Versuch von Trusts, in England Fuß zu fassen, mit.

Die englische Seifenindustrie ist bereits seit Jahrzehnten gut kontrolliert. 1900 sollte nun endlich die Kartellentwicklung durch den Trust gestoppt werden. Am 1. November 1900 trat der Trust ins Leben, am 28. November desselben Jahres wurde er bereits aufgelöst. Zu diesem schnellen Ende hat nicht zuletzt die Ungeklärtheit der Truststellung beigetragen, die ankündigte, daß die Zeitungskartelle künftig fortzufallen sollte und so die Presse gegen sich aufbrachte, und die überdies auch die Händler durch Verminderung ihres Verdienstes unter die Trustgegner trieb. Aber auch ohne diese Ungeklärtheit wäre dem Seifentrust in England kein langes Leben beschieden gewesen, denn die Großverbraucher-Genossenschaft der englischen Konsumvereine hatte bereits eine gut eingerichtete Seifenfabrik und war in der Lage, ihre Produktion sehr schnell zu steigern. So konnte sie sämtliche Konsumvereine mit Seife eigenen Fabrikats versorgen, und damit war dem Trust bei der außerordentlichen Ausdehnung des Konsumgenossenschaftswesens in England bereits ein so wesentlicher Teil des Marktes genommen, daß ein Weiterbestehen des Trustes ausgeschlossen war. Der einzige Erfolg der Trustgründung war also die Ausdehnung der Eigenproduktion der englischen Großverbraucher-Genossenschaft auf diesem Gebiet.

Auch die Geschichte des Tabaktrusts zeigt, daß der in großem Maßstab organisierte genossenschaftliche Konsum eine große Widerstandskraft besitzt. Der englische Tabaktrust entstand als Abwehr gegen einen Versuch des amerikanischen Tabaktrusts, den englischen Tabaktrust unter seine Herrschaft zu bringen. Obwohl er diese Abwehrbewegung durchaus erfolgreich nicht, also eine ziemlich große Konsumgenossenschaft von sich abhängig zu machen. Er stellte zwar einmal das Verlangen, daß der Trusttabak von ihr nur unter gewissen Bedingungen weiterverkauft werden dürfe. Als dieses Verlangen ignoriert wurde, lieferte er jedoch stillschweigend weiter. Wir sehen hier etwas Ähnliches, wie bei dem Verbands der Markenartikelfabrikanten, der auch in der Abweisung für die Konsumvereine als Käufer ernsthaft in Frage kommt, ihnen gegenüber nicht mehr funktioniert. Wie viel leichter würde aber allen diesen Fabrikantenvereinigungen die Ausplünderung der Konsumvereine fallen, wenn ihnen nicht in den Großverbraucher-Genossenschaften ein mächtiger Vertreter der Konsumenteninteressen gegenüberstände.

Internationale Rundschau.

Aus der internationalen Bergarbeiterbewegung.

Bekanntlich haben die internationalen Bergarbeiterkongresse wiederholt die deutscher- und österreichischerseits gestellten Anträge, die Kongresse nur alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, abgelehnt. Das ist auch auf dem diesjährigen Kongress in London wieder geschehen. Gegen unsere Anträge stimmten immer die belgischen, englischen und französischen Delegierten. Daß bei letzteren aber nicht Einigkeit der Meinung in dieser Frage besteht, beweist eine Verhinderung, die der Delegierte der französischen Bergarbeiterorganisation des Distrikts du Nord, Kamerad Quintin, dem Organ der französischen Bergarbeiter, „La Vrie du Mineur“, gesandt hat und welche dieselbe in ihrer Nummer vom 26. August 1911 veröffentlicht. Die Verhinderung hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„In dem Bericht vom internationalen Kongress ist eine Unterlassung begangen worden bezüglich des Antrages, die Kongresse alle zwei Jahre abzuhalten.“

Ich hatte in der Tat von meiner Organisation den Antrag, für den Antrag zu stimmen. Ich habe dieses jedoch auf Witten der Delegierten von Was-de-Galais unterlassen, welche erklärten, kein Mandat zu haben, für den Antrag zu stimmen, eine Spaltung der französischen Delegation in dieser Frage aber verhindern wollten. Ich habe deren Verlangen nachgegeben unter dem Vorbehalt, daß in dem Bericht über den Kongress erwähnt würde, warum ich den mir gewordenen Auftrag, für den Antrag zu stimmen, nicht ausführte. Das ist, wie ich oben schon bemerkt, unterlassen worden.“

Der 5. ungarische Gewerkschaftskongress.

Zur Anschließung an die internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen wurde an den folgenden zwei Tagen der Kongress der ungarischen Gewerkschaften abgehalten. Eine solche Versammlung trägt in Ungarn mehr den Charakter einer Demonstrationssammlung, denn einer beratenden Körperschaft. Die Delegierten wurden von den Vorständen der Gewerkschaften entsandt, die in Budapest ihren Sitz haben, und so kam es, daß aus der Provinz kaum ein halbes Duzend Delegierte erschienen sind. Auf der Tagesordnung befanden sich nicht weniger als sechs Punkte und wiewohl täglich nur sechs Stunden verhandelt wurde, so wurden sie in drei Tagen doch erledigt. Als der vorhergehende Kongress stattfand, zählten die ungarischen Gewerkschaften 142 030 Mitglieder, der letzte Jahresausweis berichtete aber nur noch von 88 478 Mitgliedern. Der Sekretär der Gewerkschaftszentrale S. Jaskai fand das Ergebnis als zufriedenstellend und mit Ausnahme der Delegierten der Buchdrucker erlosb niemand Widerspruch dagegen. Die Tageslohn, der zurzeit fünf gewerkschaftliche Verbände außerhalb der Gewerkschaftszentrale stehen, deren Abpflückung in die letzte Berichtsperiode fällt, kam gar nicht zur Sprache. Nachdem der Bericht der Gewerkschaftszentrale zur Kenntnis genommen wurde, ging man auf die Beratung der folgenden Punkte der Tagesordnung ein. Nach entsprechenden Referaten forderte der Kongress die Einführung der Arbeitslosenversicherung, die Autonomie (Selbstverwaltung) der Kranken- und Versicherungskassen, die Einführung der Invalidenversicherung, das volle Vereins- und Versammlungswort, den Ausbau der Arbeiterschutzbewegung. Der Kongress sprach sich dann aus für kollektive Arbeitsverträge, beschloß einen zentralen Streikfonds einzuführen und nahm eine Resolution an, die die Förderung der Konsumvereine den Gewerkschaften zur Pflicht macht.

Bergarbeiterleiden in Amerika.

In Staat Arkansas gibt es noch manche Bezirke, wo es noch nicht möglich war, die Bergleute gewerkschaftlich zu organisieren. Wie dort die Kameraden leben, das erzählt in der New-Yorker „Volks-Ztg.“ Theresie Walfisch, die Gelegenheit hatte, eine Kohlengrube bei Huntington zu besuchen. Wir wurden 125 Fuß hinuntergelassen und befanden uns in einem düsteren, feuchten Raum, welcher nur durch die Lampen der Kohlengräber erleuchtet wurde. Das Dach der Grube ist schräger Schiefer und die Wände sind Kohlenmassen. Die Grube ist in verschiedene Abteilungen eingeteilt, wo die Kohlen geprengt werden. Es befinden sich in dieser Mine 320 Räume. In einem der-

selben wurde vor ein paar Tagen einem Kohlengräber durch das fallende Gestein der Schädel geschnitten. Die Luft ist sehr brüdernd und war ich kaum im Stande zu atmen und ein kalter Schweiß kletterte sich auf meiner Stirne. Wir nahmen in einem Kohlenkammer Platz und wurden dann von einem Mäuleiter dem Gestein entlang durch die Grube geführt. Da es Samstag nachmittag war, befanden sich nur wenige Leute in der Grube. Ueberhaupt arbeiten gegenwärtig die Leute nur wenige Tage und sind die Arbeitsverhältnisse ganz schauerhaft, ein Unland, der die Leute, die bis jetzt vom Sozialismus nichts wissen wollten, geneigt macht, uns anzuhören. Und hier muß ich wiederholen: Können wir nur genug tüchtige und tüchtige Leute bekommen, um eine energische Propaganda allerorts zu betreiben! Während ich mich in der Grube befand, dachte ich bei mir: Ist es nicht schrecklich, daß Männer und Frauen, darunter viele noch nicht 12jährige, gezwungen sind, in dieser Hölle täglich zuarbeiten, um eine höchst dürftige Existenz zu fristen? Und das Schlimmste ist, daß sich diese Leute an den Aufenthalt in diesem Höllenschlund gewöhnt haben und die Zustände ganz natürlich finden. Gestern Abend sprach ich in Midland vor einer gut besuchten Versammlung sozialistischer Kohlengräber in ihrer Muttersprache. Das war das erste Mal, daß diese armen Teufel den Sozialismus in ihrer Sprache erklärt bekamen.“

Knappschäftliches.

Aus dem Verwaltungsbericht des Mannfelder Knappschäftvereins zu Giesleben für 1910. Die Krankenkasse zählte am Schlusse des Berichtsjahres 20 111 Mitglieder. Von diesen waren 1008 jugendliche Arbeiter unter 10 Jahren, 104 Arbeiterinnen, 1391 Arbeiter von 16—18 Jahren und 17 551 über 18 Jahre. Außerdem waren noch 82 freiwillige Mitglieder vorhanden. Im ganzen zählte die Krankenkasse somit 20 111 Mitglieder. Die Zahl der Krankheitsfälle betrug 8450 mit 170 179 entschädigten Krankentagen, 23 781 Krankentagen und 81 501 Sonn- und Feiertagen, zusammen 225 501 Krankentagen. Die durchschnittliche Krankheitsdauer (einschließlich der Karenz- und der Sonn- und Feiertage) betrug 26,0 Tage, gegenüber 25,0 Tagen im Jahre 1909. Die durchschnittliche Zahl der Krankentage betrug auf 1 Krankheitsfall 20,1 gegen 19,6 Tage im Jahre 1909. Das Krankengeld (einschließlich Angehörigenkrankengeld) betrug für einen Krankentag auf 170 179 Tage berechnet 1,06 Mk. gegen 1,47 Mk. im Vorjahre. Die Zahl der Krankheitsfälle hat sich von 8765 auf 8450 ermäßigt; die Zahl der Krankentage von 227 436 auf 225 501. Im Krankengeld wurden 288 078,58 Mk. gezahlt. Die Einnahmen betrugen 930 553,58 Mk., die Ausgaben 685 615,43 Mk.; es ergab sich mithin ein Ueberschuß von 244 938,15 Mk. Das Vermögen der Krankenkasse hat sich von 600 044,03 Mk. auf 805 008,50 Mk., somit um 105 053,55 Mk. vermehrt.

Bei der Pensionskasse waren am Schlusse des Berichtsjahres 17 551 Mitglieder vorhanden. Der Bestand an Invaliden betrug am Ende des Berichtsjahres 2325, derjenige der Witwen 2816 und der der Waisen 1515. Der Eintritt der Invalidität erfolgte in einem durchschnittlichen Lebensalter von 54,4 Jahren. Die durchschnittliche Dauer des Bezuges der Invalidenpension betrug bei den durch Tod ausgeschiedenen Invaliden acht Jahre. Die durchschnittliche Dauer des Bezuges der Witwenpension betrug 14 1/2 Jahre bei den durch den Tod und 13 1/2 Jahre bei den durch Verheiratung ausgeschiedenen Witwen. Von den früheren Invaliden und deren Hinterbliebenen waren am Jahreschlusse noch vorhanden 194 Invaliden, 113 Witwen und 25 Waisen. An Pensionen und Erziehungsbeihilfen wurden gezahlt:

	alte Zahl	neue Zahl
an Invaliden	403 878,08	241 084,20
an Witwen	335 208,20	31 200,50
an Waisen	42 445,91	25 450,73
frühere Invaliden und deren Hinterbliebene	31 818,70	—
Zusammen	813 349,89	358 585,53

Im ganzen wurden also an Pensionen und Erziehungsbeihilfen 1 230 032,35 Mk. geleistet.

Die Einnahmen betrugen 1961 918,58 Mk., die Ausgaben 1845 080,05 Mk.; es ergab sich somit ein Ueberschuß von 116 838,53 Mk. Das schuldensfreie Vermögen bezifferte sich am Schlusse des Berichtsjahres auf 6 714 801,55 Mk.; Ende 1909 betrug dasselbe 6 018 073,75 Mk.; es ergab sich mithin eine Vermögensvermehrung von 696 727,80 Mk. „Kompag“.

Aus der Rechnungs- und Vermögensübersicht des Brandenburger Knappschäftvereins für 1910. Bei der Krankenkasse betrugen die laufenden Einnahmen 707 295,53 Mk., die laufenden Ausgaben dagegen 646 950,55 Mk., so daß sich ein Ueberschuß ergab von 60 345,98 Mk. Die laufenden Einnahmen bei der Pensionskasse bezifferten sich auf 905 333,75 Mk., während die laufenden Ausgaben sich auf 365 567,78 Mk. stellten; es ermittelte sich demnach hier ein Ueberschuß von 539 765,97 Mk. An Pensionen und Unterstufungen wurden gezahlt:

	alte Zahl	neue Zahl	zusammen
an Invaliden	102 000,97	50 845,23	221 846,20
an Witwen	7 087,41	17 940,35	25 027,76
an Waisen	8 854,05	4 507,51	13 452,00
im ganzen	240 042,00	82 352,00	322 394,00

Das Vermögen der Krankenkasse ist von 327 507,00 Mk. auf 380 100,30 Mk., mithin um 52 593,30 Mk. gestiegen. Bei der Pensionskasse betrug das Vermögen 5 109 078,07 Mk. gegen 4 611 887,45 Mk. im Vorjahre; es vermehrte sich somit hier im Berichtsjahre um 497 190,62 Mk. „Kompag“.

Aus dem Jahresbericht des Völsch-Rothringischen Knappschäftvereins in Reich für 1910. Der Verein schloß am Ende des Jahres 23 Betriebsunternehmungen mit 39 in Betrieb befindlichen Anlagen. Die Zahl der aktiven Mitglieder betrug am Jahreschlusse 10 037 Mann gegen 9630 Ende 1909; sie ist mithin im Berichtsjahre um 1307 Mann = 13,57 Prozent gestiegen. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der aktiven Mitglieder 10 284 gegen 8651 im Jahre 1909, demnach 1633 = 18,9 Proz. mehr als im Vorjahre. Das durchschnittliche Lebensalter der am Jahreschlusse vorhandenen aktiven Mitglieder stellte sich auf 29 1/2 Jahre. Da nach den Satzungsbestimmungen die Mitgliedschaft erst sechs Monate nach dem Aufgeben der versicherungspflichtigen Beschäftigung auf Vereinswerten erlischt, kommen noch die innerhalb des letzten Halbjahres ausgeschiedenen Mitglieder, welche nicht auf andere Vereinswerte übergegangen sind, hinzu. Mit diesen betrug die Zahl der am Jahreschlusse vorhandenen Mitglieder 13 800 gegen 12 103 im Vorjahre, mithin 1706 Mann = 14,1 Proz. mehr. Der Nationalität nach zeigten sich diese zusammen aus 64,1 Prozent Deutschen, 32,6 Proz. Italiener, 7,4 Proz. Luxemburger, 2,0 Proz. Franzosen, 2,7 Proz. Österreicher und Polen, 0,1 Proz. Holländer, 1,1 Proz. sonstige. Das durchschnittliche Lebensalter dieser Mitglieder betrug 29,09 Jahre gegen 29,23 Jahre im Vorjahre und 29,30 im Jahre 1908. Der Bestand an Invaliden belief sich am Jahreschlusse auf 50, die infolge gesundheitlicher Krankheit pensioniert worden waren. Diese hatten ein durchschnittliches Lebensalter von 51 1/2 Jahren und ein durchschnittliches Dienstalter von 8 Jahren. 23 Invaliden mit einem durchschnittlichen Lebensalter von 35 1/2 Jahren und einem durchschnittlichen Dienstalter von 5 1/2 Jahren waren infolge Betriebsunfall pensioniert. Die Gesamtzahl der Invaliden betrug somit 103. Diese hatten ein durchschnittliches Lebensalter von 48 1/2 Jahren und ein durchschnittliches Dienstalter von 7 1/2 Jahren. Der Bestand an Witwen belief sich auf 81 von aktiven Mitgliedern und auf 7 von Invaliden, zusammen auf 88. Das durchschnittliche Lebensalter der Witwen von aktiven Mitgliedern betrug 40 1/2, das der Witwen von Invaliden 52 1/2, und das aller Witwen 41 1/2 Jahre. Das durchschnittliche Dienstalter der verstorbenen Gewerkschaften stellte sich bei den Witwen von aktiven Mitgliedern auf 6 1/2, bei den Witwen von Invaliden auf 8 1/2, und bei allen Witwen auf 6 1/2 Jahre. Außerdem waren am Jahreschlusse 194 Gattinnen und 5 Gattinnen vorhanden. Im laufenden Unterstufungen sind im Berichtsjahre gezahlt worden an Invaliden 10 246,36 Mk., an Witwen 6888,52 Mk., an Waisen 857,00 Mk., zusammen 17 991,88 Mk. gegen 11 605 Mk. im Vorjahre. An Hinterbliebenen verstorbenen Invaliden wurden insgesamt 300 Mk. Sterbegeld gezahlt. Für Invaliden und deren Angehörigen wurden an Kur- und Arzneikosten 1450,64 Mk. aufgewendet. Die Gesamtsumme der gezahlten Beiträge betrug 1660 179,57 Mk., die Gesamtsumme der gezahlten Beiträge 37 292,85 Mk.; es wurde somit ein Ueberschuß erzielt von 622 886,72 Mk. Das am Jahreschlusse vorhandene Gesamtvermögen des Vereins belief sich auf 2 051 206,58 Mk. oder 187,55 Mk. auf den Kopf der am Schlusse des Jahres vorhandenen 10 957 Mitglieder, gegen 148,32 Mk. pro Kopf im Vorjahre. „Kompag“.

Da rebe jetzt noch jemand von der Unabbarkeit der Gruben...
Der acht Wochen trat die 84 Mann starke Belegschaft obiger Grube wegen Woll- und sonstiger Differenzen einmütig in einen Streik, der jetzt nach acht Wochen mit einem guten Ergebnis endigte.

Lohnbewegungen und Streiks.
Bergarbeiterstreik auf der Grube des Grafen „Glam“

Der acht Wochen trat die 84 Mann starke Belegschaft obiger Grube wegen Woll- und sonstiger Differenzen einmütig in einen Streik, der jetzt nach acht Wochen mit einem guten Ergebnis endigte.

Achtung! Braunkohlenbergarbeiter! Achtung!

Nach der Beendigung des Streiks in Braunschweig, im Zeit-Weichenfels-Altenburger Revier und in der Oberlausitz, konnten es die Grubenverwaltungen nicht unterlassen, Maßregelungen vorzunehmen.

Verbandsnachrichten.

An unsere Ortsverwaltungen!
Den hiesigen Zeitungslesern werden die Einladungs-
gelder zur Aktionsauswahl beigelegt. Sollten dabei irrtümlicher-
weise einige Zahlstellen übersehen werden, so bitten wir dieselben, uns
sodest davon Mitteilung zu machen, damit Nachlieferung erfolgen kann.

Matthias M. v. R. 245/12. Wer Krankenunterstützung bezieht, muß
den Krankheitschein bei dem Vertrauensmann abgeben, weil er
dort jeweils Kontrolle ausüben darf.

Kassenrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt
und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den
Revisorinnen unnötige Wege erspart bleiben:

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines
kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Krankspendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Krankspendemarken à 10 Pf. gefolgt:

An unsere Verbandsmitglieder!

Werft die „Bergarb.-Ztg.“ nicht fort, benutzt sie zur Haus-
agitation, gebt sie den Unorganisierten und macht diese auf
besonders wichtige Artikel und Notizen aufmerksam. Wenn
die „Bergarb.-Zeitung“ voll und ganz ihren Zweck erfüllen
soll, dann muß sie an die Unorganisierten verbreitet werden.

Zahlstellen-Versammlungen und Steuertage.

Beiersdorf. Jeden zweiten Sonntagabend, abends 8 Uhr, im Gasthof Burgberg.
Grimma. Jeden zweiten Sonntagabend im Monat, im Gasthof Burgberg.
Jeden Sonntag nach dem 5. des Monats:
Bollwerder (Ober-Graf). Nachm. 3 Uhr, in der Wirtschaft Fuchs, Staffelselberstr.
Cietzsch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer.
Gohm. Nachmittags 3 Uhr, im „Kaiserhof“.
Henne. Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Vize.
Könnelke. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Kanne“ in Vordy.
Krause. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Santenberg I. Nachmittags 3 Uhr, im „Stadtfeder“.

Beiersdorf. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Bollwerder. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Cietzsch. Nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Gohm. Nachmittags 3 Uhr, im „Kaiserhof“.
Henne. Nachmittags 3 Uhr, wo? sagt der Vize.
Könnelke. Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur Kanne“ in Vordy.
Krause. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Santenberg I. Nachmittags 3 Uhr, im „Stadtfeder“.

Belegchäfts-Versammlungen

Sonntag, den 10. September 1911:
Jede Hagenfeld. Nachmittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.
Jede Hagenfeld. Nachmittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.

Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 10. September 1911:
Einber. Nachmittags 3 Uhr, im „Kaiserhof“.
Einber. Nachmittags 3 Uhr, im „Kaiserhof“.

Sprengel-Versammlungen

Sonntag, den 10. September 1911:
Hagenfeld. Nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Kuntz.

Zahlstellen-Seste.

Sonntag, den 10. September, im Garten des Herrn
Fiedler. Gartenfest, bestehend in Musik durch
das Dorf, Konzert, Volks- und Kinderbelustigungen. Nach-
mittags 1 Uhr: Antritt zum Musik im Lokal des Herrn Fiedler.

Konsumverein für Bochum u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.
Sonntag, den 17. September 1911, nachmittags 3 Uhr,
im Saale des Victoria-Hotels, Humboldt- und Altesstrasse 66
(in der Nähe des Bahnhofs Gültahof).

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Revisoren und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinnes.
4. Bericht über die Tätigkeit der „Vollmacht“ Weimar und
Konsumverein für Bochum und Umgegend.

Aus der Tiefe
Arbeitserfolge von Ad. Levenschein.
Bergarbeiter schrieben darin
ihre traurigen Tode.
Gefahren empfinden von gewer-
kschaftlicher und politischer Seite.
In der „Bergarbeiter-
Zeitung“, die den Bergarbeitern
die wertvolle Verbreitung, es läßt
aus einem Blick in die Arbeiter-
welt werfen, wo so viel Dumm-
heit und Unwissenheit herrscht.
Preis 1 Mark durch jede Buch-
handlung oder direkt durch den
Verlag, Berlin W. 9.
Nach zu beziehen durch
S. Hansmann & Co., Bochum.

Arbeitersekretär gesucht!
Für das Arbeitersekretariat Dortmund wird möglichst
zum 1. Oktober 1911 ein Arbeitersekretär gesucht, der in Knapp-
schaftsangelegenheiten Erfahrung hat. Nebenberufliche Beschäftigung
erwünscht.
Gesamt nach der Stala des Bergarbeiterverbandes.
Anforderungen mit der Angabe der bisherigen Tätigkeit in
der Arbeiterbewegung sind zum 1. September 1911 an
das Arbeitersekretariat zu Dortmund einzuschicken.